Alhambra
Zeitung und Programm
Mai / Juni 2009

präsentiert:

Demokratie

Frieden

Gerechtigkeit

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

antimilitarismus
Intensivierung des Kriegskurses 6

antirassismus
Die Gegenwart der Lager 9
Antiziganismus 12

internationalismus
Inseln des Widerstands 16
Spuren des Kolonialismus – Eine Veranstaltungsreihe 19
BUKO[32] Kongress – under construction! 20

soziale kämpfe
Aufruf zum bundesweiten Bildungsstreiks 22
Alles nichts, oder? – Eine Torte für den Oberbürgermeister 24

homestory
Der Infoladen roter strumpf stellt sich vor 26
Veranstaltungen im Infoladen im Mai/Juni 28

Ankündigungen 29

Am 9. Mai, zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai, findet um 15 Uhr auf dem Friedhof der »Gedenkstätte Esterwegen« die traditionelle Veranstaltung einer deutsch-niederländischen Initiative zum Gedenken an die ermordeten, gefolterten und internierten »Moorsoldaten« der »Emslandlager« statt.

Insgesamt wurden ca. 80.000 KZ-Häftlinge und Strafgefangene und zwischen 100.000 und 180.000 Kriegsgefangene in den Lagern inhaftiert. Bis zu 30.000 Menschen, überwiegend sowjetische Kriegsgefangene, kamen in den Moorlagern um.

Editorial

Liebe Leser_innen,

ganz so, wie auf dem Titel dargestellt, stellen wir uns Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit sicher nicht vor. Die Bilder reflektieren allerdings, was die Realität uns derzeit dazu präsentiert. Trotz dem ganzen Ungemach haben wir es wieder geschafft – pünktlich zum 1. Mai – eine neue Ausgabe für Euch zusammenzustellen.

Gefreut hat uns, dass in letzter Zeit in Oldenburg mal wieder vermehrt auf direkte Aktionen gesetzt wurde. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang, ob dem Oberbürgermeister zwischenzeitlich die Lust auf Süßes vergangen ist, oder ist er jetzt erst recht auf den Geschmack gekommen (Hintergründe Seite 24)? Erfreulich scheint uns auch, dass zwei Gebäude der Bundeswehr in Oldenburg farblich aufgewertet wurden (Dokumentation Seite 3) und sich ein kürzlich in Rente gegangener Schnüffler der ARGE mit Eindringlingen konfrontiert sah – und das Sonntag abends zur besten „Tatort"-Zeit (siehe Kurzmeldung).

Verweisen wollen wir lokal zudem auf die Eröffnung des neuen Infoladens roter strumpf. Gefeiert werden soll dies gleich doppelt: Die Eröffnungsfeier wird am 3. Mai stattfinden, ab dem 17. Mai wird zu diesem Anlass auch eine Veranstaltungsreihe stattfinden, die wir Euch hiermit ans Herz legen wollen (Seiten 27 & 28).

Bewegungstechnisch bedeutsam empfanden wir zudem die Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg/ Baden-Baden. Auf deutscher Seite demonstrierte dort hauptsächlich die Staatsmacht und rückte ihr Verständnis von „Versammlungsfreiheit" in den Mittelpunkt: Die Auftaktdemo zu den Protesten am Montag in Freiburg, sowie die Demo in Baden-Baden durften sich lediglich in einem Wanderkessel bewegen. Auf der Autobahn A5 kontrollierten die Bullen teilweise mit Maschinengewehren, etliche Personen wurden mit Ausreiseverboten belegt oder wegen Nichtigkeiten festgehalten. Auf französischer Seite entlud sich letztlich die Wut gegen das faktische Versammlungsverbot auf beiden Rheinseiten: Ein Grenzhäuschen und ein IBIS-Hotel gingen in Flammen auf, während die französische Polizei versuchte das Stadtzentrum abzuriegeln. Nichtsdestotrotz schafften zwei der geplanten Blockaden mit einigen Hundert Teilnehmer_innen ihren Weg ins Zentrum und erkämpften sich erfolgreich zentrale Blockadepunkte zwischen den roten Zonen bzw. vorm Pressezentrum. Insgesamt muss das Blockadekonzept allerdings als gescheitert angesehen werden. Während 5000 Natogegner_innen auf der deutschen Rheinseite vergeblich auf die Erlaubnis warteten, über die Brücke zu dürfen, drängten Tausende unter massiven Polizeiangriffen – also Tränengasbeschuss, Gummigeschossen usw. – erst Richtung Innenstadt, später dann zum Auftaktkundgebungsort der antimilitaristischen Demo. Hier kamen dann nur etwa 10 000 Menschen an.

Der französische Repressionsapparat – unter Sarkozy derzeit massiv aufgerüstet – griff sich während den Protesten völlig willkürlich Leute raus und verurteilte diese teilweise in Schnellprozessen zu Haftstrafen. Momentan sitzen in Strasbourg immer noch über zehn Personen und warten auf ihre (Berufungs-) Verfahren. Fast schon überflüssig zu erwähnen, dass hier Solidarität ganz wichtig ist. Informiert Euch (breakout.blogsport.de), spendet, schreibt Briefe...

Eskalativ war aber nicht nur die Polizeistrategie während des NATO-Gipfels. Das neue Konzeptpapier lässt hier auf wenig Gutes hoffen, wie Jürgen Wagner (S. 6) schreibt: „Sämtliche Entscheidungen deuten auf eine Intensivierung des Kriegskurses hin." Die Aktion in Dresden (siehe Bild unten) war eh mehr als überfällig (Dokumentation: Seite 5).

Viel Spaß beim Lesen und sommerliche Grüße,

eure Alhambra Redax

Demo gegen faschistische und rassistische Strukturen in WHV

Wilhelmshaven Zwischen 200 und 250 Antifaschist_innen fanden sich am 28.3. in Wilhelmshaven ein, um gegen die Nazikameradschaft AG-Wiking, die DVU und andere faschistische Strukturen in Wilhelmshaven und Ostfriesland zu demonstrieren. Trotz kleiner Provokationen sowohl seitens der AG Wiking, als auch seitens der Bullen, war es eine kraftvolle und laute Demonstration, die den Nazis einmal mehr klargemacht hat, dass sie in Wilhelmshaven nichts zu suchen haben. Ebenso hat es auch den Bürger_innen nach vielen Jahren des Schweigens gezeigt, dass es eben doch ein Nazi-Problem in Wilhelmshaven gibt. Auch die großmäulige Ankündigung der AG Wiking, zusammen mit anderen Faschist_innen den „AntifaAufmarsch verhindern" zu wollen, konnte wohl aufgrund der fehlenden Unterstützung durch auswärtige Kamerad_innen und die eigene Unfähigkeit nicht durchgesetzt werden. Kein ruhiges Hinterland – nicht in WHV und nirgendwo!

Videoüberwachung in Oldenburg

Oldenburg Die vor etwa 4 Jahren begonnen Auseinandersetzung über die Videoüberwachung des öffentlichen Raums in Oldenburg geht in die nächste Runde. Der Rat der Stadt hatte die Installation von Überwachungskameras im April 2008 eindeutig abgelehnt – lediglich die reaktionäre Suppe aus Bullen, CDU und NWZ traten immer wieder als paranoide BefürworterInnen auf. Nun verkündete Innenminster Uwe Schünemann, dass bis zum Sommer dieses Jahres für 120 000 Euro zwei Videoüberwachungsanlagen in Oldenburg installiert werden sollen. Und zwar am »Lappan« und – nach Aussagen des Oldenburger Bullenchefs Johann Kühme nicht mehr wie einst geplant im Bereich Staulinie/Ritterstraße, sondern – in der Lange Straße am Eingang der Fußgängerzone. Es sind die beiden wohl zentralsten Bereiche der City, die so ziemlich alle OldenburgerInnen passieren müssen. Schünemann zur Standortwahl: »Wesentliche Gründe hierfür waren unter anderem die strategische Lage als Drehkreuz und Hauptumsteigestelle für den Nahverkehr sowie die starke Frequentierung. Die vor allem zu den Hauptverkehrszeiten anzutreffenden großen Menschenmassen begünstigen die Begehung von Straftaten, da sie Anonymität, Tatgelegenheiten und Fluchtmöglichkeiten schaffen.«. Anders gesagt: wo Menschen sind lauert Gefahr. Abschließend stellt Schünemann nocheinmal fest, dass »für die Videoüberwachung (…) die Polizei im Rahmen der eindeutig definierten rechtlichen Grundlagen die alleinige Verantwortung (trägt)«. Ob sich die Oldenburger Polizei da wohl verhoben hat?

Commerzbank besetzt

Oldenburg Am 20. März haben ca. 50 Menschen aus Oldenburg die Filiale der Commerzbank besetzt, um gegen die aktuelle Krisenpolitik zu protestieren. Sie wiesen mit einem Transparent und Flugblättern darauf hin, dass für Banken und Konzerne Milliarden Euro Steuergelder zur Verfügung gestellt werden, während für Erwerbslose und die soziale Infrastruktur kein Geld da sein soll. Sie fordern, die kapitalistische Krisengesellschaft abzuschaffen und sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen.

Der Filialleiter der Oldenburger Commerzbank war nicht bereit, mit den Demonstrant_innen zu diskutieren und rief sofort die Polizei. Nach Androhung von Strafanzeigen verließen die Demonstrant_innen die Bank und zogen noch durch die Innenstadt zum Rathaus.

Besetzte Häuser geräumt – Widerstand auf allen Ebenen

Münster/Erfurt In Münster rammten Polizeikräfte am 26. März die Schaufel eines Baggers in die Scheibe des Ladenraumes des besetzten sozialen Zentrums „Versetzt" in der Grevenerstraße und räumten anschließend das Gebäude. Glücklicherweise wurde dabei niemand verletzt. Das „Versetzt" war seit dem 01. Januar besetzt, nachdem die städtische Wohnungsbaugesellschaft den Mietvertrag gekündigt hat. Das Gebäude soll abgerissen werden, um teurerem Wohnraum Platz zu machen. Eine ge-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

mietete (!) Dachgeschosswohnung im Nachbarhaus wurde bei dem Einsatz von den Bullen versehentlich ebenfalls gestürmt. Dabei wurde die Tür eingetreten und ein Dachfenster zerschlagen. Der Mieter blieb mit dem Schrecken und dem Sachschaden zurück. Am gleichen Tag zog eine Spontandemonstration durch Münster. Die Unterstützer_innen des „Versetzt" kündigten an, weiter für ein neues Zentrum zu kämpfen.

In Erfurt wurde am frühen Morgen des 16. April das Haus auf dem besetzten „Topf&Söhne"-Gelände mit Hilfe von schwerem Polizeigerät und Spezialeinsatzkräften geräumt, die sich aus Hubschraubern auf das Dach des Geländes abseilten. Die Bewegung in Erfurt verlieh im Anschluss daran ihrer Wut und Widerstand gegen die Räumung Ausdruck, indem es zu zahlreichen Glasbrüchen und anderen Sachbeschädigungen in der Innenstadt kam. Eine Neubesetzung eines seit längerem leerstehenden Hauses im Stadtzentrum wurde nach einigen Stunden ebenfalls geräumt. Die Polizei bekam jedoch – trotz massiver Präsenz – diesen unkontrollierten Widerstand nicht in den Griff. Während eine Demo am 18. April mit 300 Teilnehmer_innen und enormer Bullenbegleitung durch die Stadt zog, warfen unbekannte Unterstützer_innen andernorts einen Molotowcocktail auf den Innenhof der Erfurter Polizeidirektion. Ein Streifenwagen fing hierdurch Feuer. Weitere PKW gingen im Anschluss an die Demo in der Innenstadt in Flammen auf. In zahlreichen Städten der BRD kam es zu Solidaritätsaktionen mit der Bewegung in Erfurt. Auch in Oldenburg zogen am 18. April etwa 70 Unterstützer_innen durch die Innenstadt.

DOKUMENTATION:

»Wir haben in der Nacht vom 31. März auf den 1. April um 2:30h zwei Bundeswehrgebäude in Oldenburg mit Farbe beworfen – das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum in der Bremer Straße und das Bundeswehrgebäude in der Ulmenstraße.

Seit mehr als 10 Jahren führt Deutschland wieder Krieg. Ob nun im Rahmen der NATO, wie im Kosovo-Krieg oder in Afghanistan, unter EU-Kommando oder in einem anderen Kriegsbündnis. Die traditionelle Garnisionsstadt Oldenburg spielt auch heute noch eine bedeutende Rolle in der militärischen Infrastruktur BRD. So ist das hier ansässige Verpflegungsamt der Bundeswehr etwa für die Versorgung deutscher ISAF-Soldat_innen in Afghanistan und EUFOR-Soldat_innen im ehemaligen Jugoslawien zuständig. Die NATO will auf ihrem Gipfel in Strasbourg/Baden-Baden Ende dieser Woche ein neues Strategiepapier auf den Weg bringen und so noch entschiedener die Rohstoffe und Handelsrouten ihrer Mitgliedsstaaten verteidigen.

Mit unserer Aktion wollen wir zeigen, dass wir die zunehmende Militarisierung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht hinnehmen. Wir wollen klar machen, dass für uns 60 Jahre imperialistische Politik kein Grund zum feiern ist und wir wollen anderen Mut machen und Möglichkeiten aufzeigen selbst aktiv zu werden. Wir schicken solidarische Grüße an alle Genoss_innen die in und um Strasbourg den NATO-Gipfel versuchen zu verhindern! Bundeswehr wegtreten! Make NATO history! Weder euren Krieg, noch euren Frieden!«

Eine Welt zu gewinnen jenseits von Krise und Kapitalismus

Berlin/Frankfurt(M) Rund 30.000 Menschen in Berlin und 20.000 in Frankfurt(M) demonstrierten am 28.3. unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise – Für eine solidarische Gesellschaft". Speziell die Demonstration in Berlin hatte in ihrer Gesamtheit eine antikapitalistische Ausrichtung, nicht nur durch den offenen antikapitalistischen Block, der den größten Block der Demonstration stellte.

Der 28.3. war ebenfalls ein, durch das WSF (WeltSozialForum) ausgerufener, weltweiter Aktionstag. In London gingen 35.000, in Wien 6.500, in Rom 6.000 Menschen auf die Straße. Weitere Aktionen gab es in Paris, Madrid, Oslo, Genf, Innsbruck und Montreal.

Der Protest gegen die herrschende Krisenpolitik nimmt zu und die Aktionsformen werden vielfältiger: Generalstreik und Gefangennahmen von Managern in Frankreich, Hungerstreik von Leiharbeiter_innen in Hannover, Generalstreik der gesamten Stadt Lebrija (Spanien)*, symbolische Bankbesetzung in Oldenburg,... In Oldenburg, von wo aus 2 Busse am 28.3. nach Berlin fuhren, wie in anderen Städten haben sich lokale Bündnisse gebildet, in denen derzeit die jeweiligen Perspektiven diskutiert werden. Diese Ansätze von breiten linken Bündnissen, die geschaffen wurde, sind eine Möglichkeit auf kurzfristige Veränderungen von sozialen Kämpfen gemeinsam hör-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

bar und schnell zu reagieren. Ob sich die Handlungsfähigkeit dieser Bündnisse bewährt und stabilisiert zeigt sich in den nächsten Monaten.

Eine gemeinsame Mobilisierung zu einem offenen antikapitalistischen Block am 16.Mai bei der EGB (EuropäischerGewerkschaftsBund)-Demonstration in Berlin, Beteiligung am Bildungsstreik (17.6.), ein bundesweiter Tag des zivilen Ungehorsam mit Ansätzen von politischen Streiks werden derzeit diskutiert.

Flüchtlingsrevolten auf Malta

Malta Am Morgen des 23. März 2008 rebellierten 500 bis 600 der Insass_innen des Flüchtlingslagers Safi. Mehreren Leuten gelang der Ausbruch. Im Zuge der Revolte wurden große Teile des Lagers in Brand gesetzt, die Schäden sollen erheblich sein. Am 19. Februar 2009 wurde das Flüchtlingslager Hal Far im Zuge einer Revolte in Brand gesetzt. Aus dem überfüllten Lager wurde immer wieder von langen Inhaftierungszeiten, der Nichteinhaltung fundamentaler Rechte und von Misshandlungen berichtet. Auf Malta gibt es mehrere geschlossene, von Militär und Polizei kontrollierte Auffanglager, in denen die mit dem Boot angereisten Migrant_innen festgehalten werden.

Die Revolten der letzten Zeit hängen unmittelbar mit der Verschärfung der Bedingungen für Migrant_innen zusammen. Diese werden angefeindet und von den Behörden einer strengen Kontrolle unterzogen, die Inhaftierung von bis zu 18 Monaten vorsieht. Immer öfter werden Leute bereits nach wenigen Tagen wieder abgeschoben. Die dazu benötigten Papiere des Herkunftslandes oder eines anderen Staates, der sich zur Aufnahme bereit erklärt, werden immer schneller organisiert. Mittlerweile gibt es zahlreiche Abkommen, insbesondere mit nordafrikanischen Staaten wie Tunesien. Die Proteste gegen diese und jede Lagerunterbringung werden weitergehen.

Teilerfolg für die Flüchtlinge in Remscheid

Remscheid Im Januar protestierten 53 Flüchtlinge des Lagers in Remscheid mit einem offenen Brief gegen die Bedingungen im Lager. Nachdem sich die Flüchtlinge zusammengetan und organisiert hatten, solidarisierten sich viele Gruppen und es konnte öffentlicher Druck aufgebaut werden. In der Folge wurde der Stadtverwaltung abgerungen, dass die Anwesenheitspflicht gelockert wird, also dass die Flüchtlinge ihre Anwesenheit nicht mehr jeden Werktag, sondern ‚nur' ein Mal in der Woche durch ihre Unterschrift bestätigen müssen. Außerdem werden die Krankenscheine nicht mehr befristet für wenige Tage, sondern quartalsweise ausgestellt. Die Sozialleistungen, inklusive Bekleidungsgeld, werden nicht mehr in Gutscheinen, sondern in bar ausgezahlt, dies allerdings weiterhin nur, wenn die Anwesenheit nachgewiesen wurde. Die Überwachungskameras – deren Abschaffung von den Flüchtlingen gefordert wurden – werden nicht deinstalliert und bleiben weiterhin bestehen.

Oldenburger Schnüffler beschnüffelt

Oldenburg Am Sonntag, den 19.April, zur besten Tatort-Krimizeit, haben sich in Oldenburg rund 50 Aktivist_innen zu einem BlindDate getroffen. Sie machten einen überraschenden Hausbesuch bei einem Außendienstmitarbeiter der ARGE, der Arbeitsgemeinschaft aus Sozialamt und Agentur für Arbeit, die in den Städten die Leistungen nach Hartz IV verwaltet. Der inzwischen in den Ruhestand gegangene Mann hatte bis vor kurzem als Schnüffler für die ARGE gearbeitet. »Als Auftakt zu seiner Rente wollten die Erwerbslosen einmal sein Haus, seine Kleiderschränke und die Wohnungseinrichtung begutachten«, heißt es in einer Pressemitteilung der Aktivist_innen-Gruppe. Der Außendienstler habe jahrelang unangemeldet vor der Tür von Hartz-IV-Empfängern gestanden und mit dem Hinweis auf sonst drohende Leistungskürzungen Einlass gefordert. »Was er wohl heute vom Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und von der Würde eines Menschen hält?«, fragen die Erwerbslosen in ihrer Erklärung. Für Stellenabbau bei der ARGE: Weg mit Schnüffelei, weg mit Hartz IV, alles für alle!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

DOKUMENTATION:

»Wenn ihr nicht abrüstet, tun wir es!«

Bekanntgabe zum Brand des Bundeswehrfuhrparks auf dem Kasernengelände der Offiziersschule des Heeres in Dresden:

Schwerter zu Pflugscharen, Panzer zu Gartenscheren! Wenn ihr nicht abrüstet, tun wir es!

Es herrscht Krieg. Die Bundeswehr weitet u. a. ihren Angriffskrieg in Afghanistan im Rahmen des NATO-Kriegsbündnis stetig aus. Jetzt Waffen und Kriegsgerät zerstören: Das kann jeder, das sollte sogar jeder vernünftige Mensch machen. Heute nicht morgen, wir können nicht mehr warten. Denn Kriege werden nicht durch Waffen verhindert auch nicht durch sogenanntes »Peacekeeping«. Die Kriegstechnologie des Militärs, der Rüstungshersteller und Politiker bringt Tod und Zerstörung über die Menschen, verharmlost als Kollateralschäden und Berufsrisiko für Soldaten. Soldaten und Kriege haben auf dieser Welt nichts mehr zu suchen. Ihre Zeit ist abgelaufen. Sie tragen zu keiner Lösung, sondern zur globalen Vergrößerung des Elends bei.

Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß keine Situation unausweichlich ist: trotz Stasi und ideologischer Verblendung. Was vor 20 Jahren galt, gilt auch heute noch. Auch der neue Staat hat uns nichts anzubieten, außer den Konsum des Freiheitsversprechens, welches angeblich am Hindukusch verteidigt wird. Die Beförderung von Offizieren am 7. Oktober 2008 erstmals im Rathaus hat das Faß des Gleichmutes zum Überlaufen gebracht. Wir verurteilen militaristische Rituale in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen als Zeichen der Verbundenheit. Durch Politiker, die der Bevölkerung dienen sollten, nicht staatlich besoldeten Mördern. Uns reicht es, wir wollen die Täuschung im Namen von Demokratie und Frieden nicht länger hinnehmen. Wir tanzen nach keiner Melodie der Wendehälse mit ihren Blockflöten.

Wir müssen den Kriegen ihre materielle Grundlage entziehen. Eigenverantwortliche Abrüstungsschritte sind dabei das Gebot der Stunde. Um menschenverachtendes Kriegsgerät unbrauchbar zu machen, haben wir es einfach angezündet.

Die Offiziersschule des Heeres in Dresden ist die zentrale Ausbildungsstätte der Bundeswehr. Seit 1998 durchlaufen hier jährlich mehr als 1400 Offiziere und Anwärter die Lehrgänge zum Töten auf Befehl. Auf dem Gelände existieren Gefechtsstandsimulatoren, in den Hörsälen wird Taktik, Logistik und Geschichte gelernt: Kriegswissen. Das Wappen der Offiziersschule glorifiziert mit seinem eisernen Kreuz »das Soldatentum seit 1813 über alle Kriege und politische Veränderungen hinweg«. »Der Schildgrund symbolisiert« passend »in Rot die Bindung des Soldatenberufes« an den Mord anderer Menschen »bis hin zur Aufopferung des eigenen Lebens« als kümmerlicher Held.

Keine weiteren Militärrituale vor der Semperoper!

Schluß mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehrfahrzeuge!

Keine Inlandseinsätze von Soldatenberufe!

»No pasaran« für kriegsverherrlichende Neonazitruppen und deren alljährlichen Aufmarsch im Februar!

Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus!

Aus der Proklamation der provisorischen Regierung der Bunten Republik Neustadt: »Jede Verherrlichung von Krieg, Militarismus, Faschismus und Rassismus in der BRN verboten(...)«

In Erinnerung an Jorge Gomondai, der von rassistischen Jugendlichen aus der Straßenbahn geworfen wurde und dadurch am 6.4.1991 im Alter von 28 Jahren verstarb.

Initiative für ein neues blaues Wunder

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Intensivierung des Kriegskurses

NATO-Gipfel beschließt Effektivierung von Krieg und Besatzung

Angesichts der wichtigen Beschäftigung mit der französischen und deutschen Polizeistrategie, die offensichtlich auf eine bewusste Eskalation der Situation hinarbeitete, um die Proteste gegen den NATO-Gipfel in Straßburg zu zerschlagen, droht die Inhaltliche Aufarbeitung des Gipfels ein wenig unterzugehen. Deshalb hier eine erste vorläufige Analyse der Kernelemente.

Eine wichtige Rolle spielte auf dem NATO-Gipfel in Baden-Baden und Strasbourg am 3./4. April der Versuch, eine neue transatlantische Macht- und Arbeitsteilung auf den Weg zu bringen. Die machtpolitisch geschwächten Vereinigten Staaten sind bestrebt, die EU stärker an den Kosten für die (militärische) Aufrechterhaltung der bestehenden Weltordnung zu beteiligen. Dafür bieten die USA den EU-Staaten umgekehrt an, ihre Interessen künftig in deutlich größerem Maße als bisher zu berücksichtigen.

Dieses Angebot wurde bereits Anfang Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz unterbreitet und nun zum Auftakt des NATO-Gipfels von US-Präsident Barack Obama nochmals wiederholt: „Wir wollen nicht herablassend auf Europa schauen", so Obama. „Wir wollen nicht der Schutzpatron Europas sein, wir wollen der Partner Europas sein." Gleichzeitig betonte er, die Militarisierung der Europäischen Union, die von Washington lange Zeit als rivalisierendes Projekt abgelehnt wurde, sei aus Sicht Washingtons im Sinne der neuen Lastenteilung begrüßenswert: „Je mehr militärische Fähigkeiten

wir sehen, desto glücklicher werden wir darüber sein, desto effektiver werden wir unsere Fähigkeiten koordinieren können." (Spiegel Online, 3.4.09) Dementsprechend fordert auch das Abschlussdokument des Straßburg-Gipfels eine weitere Militarisierung der Europäischen Union: „Die NATO erkennt die Bedeutung stärkerer und effektiverer EU-Verteidigungskapazitäten an." (Ziffer 20)

Neue Macht-und Arbeitstellung

Eine der wohl wichtigsten Entscheidungen des Gipfels bestand darin, nun auch offiziell die Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes in Auftrag zu geben. Es soll „die längerfristige Rolle der NATO im Sicherheitsumfeld des 21. Jahrhunderts ausarbeiten", heißt es in der Abschlusserklärung (Ziffer 1). Ziel ist es, das Konzept auf dem nächsten NATO-Gipfel zu verabschieden.

Kernelement der Strategie soll der sogenannte Comprehensive Approach sein. Er zielt darauf ab, „Stabilisierungseinsätze", also Besatzungen wie im Kosovo oder in Afghanistan, künftig „erfolgreicher" durchführen zu können. Hierfür sollen zivile Akteure eingebunden werden und vor Ort Hand in Hand mit dem Militär zusammenarbeiten, um so für ein reibungsloses Funktionieren der Besatzung zu sorgen.

Durch diese Zivil-militärische Zusammenarbeit werden Nichtregierungsorganisationen systematisch zu integralen Bestandteilen westlicher Militäreinsätze degradiert und damit für große Teile der Bevölkerung vor Ort zu Gegnern. Zivile Akteure werden für die Durchsetzung strategischer, wirtschaftlicher und politischer Ziele instrumentalisiert und die Gewährleistung humanitärer Hilfe erheblich erschwert, teils gar verunmöglicht. Aus diesem Grund lehnen Entwicklungsorganisationen diese Zivil-militärische Zusammenarbeit ab, erst vor Kurzem etwa der Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO). (1) Dennoch wurde auf dem NATO-Gipfel beschlossen, mit der Implementierung eines - weiterhin geheimen - Aktionsplans zur Umsetzung des Comprehensive Approaches mit Nachdruck fortzufahren und die Ergebnisse im Dezember 2009 zu evaluieren. (Abschlussdokument: Ziffer 18)

Prototypisch wird der Comprehensive Approach erstmals in großem Stil beim NATO-Einsatz in Afghanistan erprobt. VENRO befürchtet nun, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit künftig von Afghanistan „auf andere Konfliktbeziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird". Dies scheint tatsächlich genau der Plan zu sein. Die NATO benötige eine grundsätzlich neue Strategie, so Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung kurz vor dem NATO-Gipfel. „Das hört sich einfach an, ist aber vergleichsweise revolutionär", sagte Merkel und forderte, dass „die NATO mit ihren militärischen Mitteln Teil eines umfassenden und kohärenten Ansatzes" sein müsse,

zu dem auch eine Vielfalt an zivilen Aktionen gehöre. „Dieses Grundverständnis, das wir jetzt in Afghanistan entwickelt haben, wird aber in Zukunft nicht der Einzelfall sein, sondern muss zum strategischen Allgemeingut der NATO werden." (süddeutsche.de, 27.3.09)

Ein zweiter wichtiger Aspekt der höchstwahrscheinlich eine wichtige Rolle bei der Überarbeitung der NATO-Strategie spielen wird, ist das Bestreben, die NATO künftig „pro-aktiver", also schneller und flexibler einsatzfähig zu machen, wie es Obamas Sicherheitsberater James Jones nannte. Hierfür schlugen die derzeit wichtigsten Papiere zur Erneuerung des Strategischen Konzepts der NATO, eines von fünf ehemaligen hohen Generälen und eines, erstellt von vier der wichtigsten

US-Denkfabriken, folgendes Maßnahmenbündel vor: Abschaffung des Konsensprinzips (zumindest auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rats); keine Mitspracherechte an NATO-Kriegen für die Mitgliedsländer, die sich nicht beteiligen; Übernahme der Einsatzkosten durch sämtliche NATO-Staaten und nicht nur diejenigen, die sich an einem Krieg beteiligen. (2)

Sollte dieser Umbau der Entscheidungsstrukturen tatsächlich umgesetzt werden, würden die Machtverhältnisse innerhalb der NATO drastisch zugunsten der großen Staaten verschoben und die Kriegsführungsfähigkeit des Bündnisses erheblich gesteigert. Ein versteckter Hinweis, dass an eine Überarbeitung der Strukturen und Entscheidungsprozesse gedacht wird, findet sich in einem weiteren auf dem Gipfel verabschiedeten Dokument: „Wir müssen außerdem die NATO-Strukturen reformieren, um eine schlankere und kosteneffizientere Organisation zu schaffen. Wir werden die Fähigkeiten der NATO vergrößern, dort wo unsere Interessen betroffen sind, eine wichtige Rolle im Krisenmanagement und der Konfliktlösung zu spielen." (3)

Besatzung konkret: Afghanistan, Irak

Des Weiteren wurde in Strasbourg Obamas neue Afghanistanstrategie von den Verbündeten vorbehaltlos begrüßt: Sie beinhaltet mehr Hilfe, vor allem aber eine Vergrößerung der Truppenanzahl, verbunden mit einer Eskalation der Kampfhandlungen - möglicherweise bis nach Pakistan: „Die Allianz stellt sich geschlossen hinter Obamas neue Afghanistanstrategie." Fehler! Hyperlink-Referenz ungültig., 4.4.09) 62.000 Soldatinnen befinden sich gegenwärtig am Hindukusch, die USA werden zusätzlich 21.000 GIs dorthin schicken und nun hat die NATO nachgezogen und will ebenfalls weitere 5.000 Soldatinnen stellen.

Angesichts der Tatsache, dass die neue US-Regierung die Besatzung des Iraks zumindest mittelfristig aufrecht erhalten will, hat die NATO bereits im Dezember 2008 beschlossen, dass die „NATO Training Mission in Iraq" künftig auch innerhalb des Landes agieren soll. Ihre Aufgaben umfassen Hilfe bei der „Absicherung der Grenzen", einer „Verteidigungsreform" und dem Aufbau von „Verteidigungsinstitutionen". (4) Dieses Engagement, mit dem man den USA direkt bei der Besatzung unter die Arme greift, soll nun offenbar verstetigt werden.

Im Abschlussdokument heißt es hierzu: „Wir erneuern unser Angebot an die irakische Regierung für einen Rahmen zur strukturierten Kooperation als Basis für eine langfristige Zusammenarbeit und begrüßen die diesbezüglich bereits erzielten Fortschritte." (Ziffer 11) Nach den schweren Konflikten um den Irakkrieg sind dies Entscheidungen mit erheblicher Symbolwirkung - sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber dem Rest der Welt, sie setzen ein „klares Zeichen für einen Neuanfang." (5)

Trotz der begrüßenswerten Absichtserklärung der US-Regierung, den nuklearen Abrüstungsprozess wieder in Gang zu bringen, wurde ansonsten gegenüber Russland ein harter Ton angeschlagen. „Die ohne die Zustimmung der Regierung erfolgte russische Militärpräsenz in den georgischen Regionen Abchasien und Süd-Ossetien ist besonders besorgniserregend. Darüber hinaus stellen Russlands Handlungen in Georgien seine Bereitschaft zur Einhaltung der fundamentalen OSZE-Prinzipien infrage, auf der Sicherheit und Stabilität in Europa aufbauen." (Abschlussdokument: Ziffer 57)

Kollisionskurs mit Russland durch Ausweitung

In diesem Zusammenhang dürfte Moskau besondere Sorge bereiten, dass weiterhin auf die mehrfach als „rote Linie" bezeichnete NATO-Aufnahme Georgiens und der Ukraine beharrt wird. Im Abschlussdokument heißt es hierzu: „Auf dem Gipfel in Bukarest haben wir uns darauf verständigt, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder der NATO werden und wir bestätigen nochmals alle Elemente dieser Entscheidung." (Ziffer

29) Gleichzeitig wird im Abschlussdokument auf die Bedeutung der NATO-Ukraine und NATO-Georgien-Kommissionen verwiesen, die zur Jahreswende mit dem Ziel eingesetzt wurden, die Heranführung beider Länder an das Bündnis zu beschleunigen.

Auch in der Frage der NATO-Raketenabwehr, die zusätzlich zu den US-Komponenten aufgebaut werden soll, hält man am bisherigen Plan trotz scharfer russischer Kritik fest. Zwar wird festgestellt, dass „zusätzliche Arbeit erforderlich ist" (Ziffer 51) - ein Verweis auf die gravierenden technischen Probleme -, gleichzeitig wird aber der Ständige NATO-Rat damit beauftragt, mit der Planung für ein Abwehrschild fortzufahren, der nicht nur im Ausland stationierte Truppen, sondern auch NATO-Territorium abdeckt und so russische Raketen neutralisieren könnte (Ziffer 53).

Darüber hinaus finden sich in der Obama-Regierung zahlreiche BefürworterInnen einer „Globalen NATO", also dem Bestreben, das Bündnis um „befreundete" Demokratien außerhalb des euroatlantischen Raums zu erweitern. Damit will man eine Konkurrenzorganisation zur UNO schaffen, um das dortige Vetorecht Russlands und Chinas gegenüber Militäreinsätzen auszuhebeln. Mit Bestürzung reagiert man in Moskau auf derartige Pläne, aus der NATO eine Art Alternativ-UNO mit Lizenz zur militärischen Gewaltanwendung zu machen. So äußerte sich der russische NATO-Botschafter Dmitri Rogosin kurz vor dem NATO-Gipfel: „Heute bekommen wir weitere Hinweise darauf, dass die NATO ihre Rolle globalisieren will. Faktisch geht es um die künftige Möglichkeit, Länder in die Allianz aufzunehmen, die mit dem euroatlantischen Raum nichts zu tun haben - wie etwa Australien, Japan, Neuseeland und Indien." Vor diesem Hintergrund wolle die NATO anscheinend eine „gewisse Demokratien-Liga" gründen. Doch der Versuch, den UN-Sicherheitsrat durch solch ein Gremium zu ersetzen, bedeute eine „ernsthafte Herausforderung an die meisten Länder der Welt". (Ria Novosti, 13.3.09)

Dennoch wurde auf dem Gipfel beschlossen, mit Anders Fogh Rasmussen einen erklärten Befürworter der „Globalen NATO" zum nächsten Generalsekretär des Bündnisses zu ernennen. Auch im Abschlussdokument des Gipfels findet sich der Verweis, künftig noch intensiver mit Nicht-NATO-Demokratien zusammenarbeiten zu wollen, explizit genannt werden Australien, Japan, Neu-Seeland, Südkorea mit Blick auf deren Beiträge in Afghanistan (Ziffer 40).

Auf dem NATO-Gipfel wurde der Eskalationskurs des Bündnisses konsequent fortgesetzt. Sämtliche Entscheidungen deuten auf eine Intensivierung des Kriegskurses hin. Allein schon deshalb wird man sich auch in Zukunft weiter kritisch mit der NATO auseinandersetzen müssen.

Jürgen Wagner,

Informationsstelle Militarisierung

Anmerkungen:

1) VENRO Oxfam: Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan, VENRO-Positionspapier 1/2009

2) Vgl. The Washington NATO Project: Alllance Rehorn: An Atlantic Compact for the 21st Century, Februar 2009; Klaus Naumann/John Shalikashvili/Lord Inge/Jacques Lanxade/Henk van den Breemen: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership; An interview with General James L. Jones, NATO Defense College, Research Paper, Januar 2008.

3) Declaration on Alliance Security, 3.4.2009, www.nato.int/cps/en/natolive/news_52838.htm

4) NATO Presseerklärung: Final communiqué of The Meeting of the North Atlantic Council at the level of Foreign Ministers, 3.12.08

5) Henning Riecke: Mehr Einsatz in Afghanistan. Deutschland kann Obama konkrete Kooperationsangebote machen, in: Internationale Politik, Januar 2009

Die Gegenwart der Lager

in der deutschen Flüchtlingspolitik

Fast 100.000 Menschen werden in Lager gezwungen

Auch wenn das Thema der Lagerunterbringung von unerwünschten MigrantInnen durch die Installation von neuen Ausreiseeinrichtungen (§ 61 AufenthG, ‚Ausreisezentren' oder Abschiebelager) und den Internierungslager rund um die militärisch gesicherte Grenze der EU vermehrt in die Kritik gerät, so ist die Abwertung der Lebensverhältnisse geduldeter MigrantInnen und Flüchtlinge durch einen Einschluss im Lager seit 1980 bundesdeutsche Realität. Menschen, die in die BRD fliehen und hier einen Asylantrag stellen, werden in dezentral gelegenen über das Bundesgebiet verteilten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dies betrifft auch diejenigen Menschen, denen nur ein Aufenthaltsrecht in Form einer Duldung zuerkannt wird, welche maximal für ein Jahr, in der Regel aber eher für ein bis drei Monate, ausgestellt wird und dann immer wieder verlängert werden muss (sog. Kettenduldungen). An dieser Situation hat sich auch mit der so genannten ‚Bleiberechtsregelung' nichts geändert. Diese Menschen werden über das Asylbewerberleistungsgesetz (AslybLG) versorgt. Dies bedeutet jahrelange Unterbringung in isolierten, lagerähnlichen Gemeinschaftsunterkünften, ein restriktiv regulierter Arbeitsmarktzugang, die Auszahlung der deshalb notwendig werdenden und sowieso gekürzten ‚Hilfe zum Lebensunterhalt' in Sachleistungsform (ca. 65 % des normalen ALG II Satzes), ein Ausbildungsverbot und eine verminderte gesundheitliche Versorgung. Zurzeit bekommen in der BRD laut Statistik der Bundesregierung knapp 193.562 Menschen (Stand 31.12.2006) Leistungen nach dem AsylbLG. Laut meinen eigenen Recherchen sind von diesen MigrantInnen immer noch knapp 100.000 in lagerähnlichen Unterkünften segregiert. Ursprünglich war dieses Unterbringungssystem für die Verwaltung und Unterbringung von über einer Millionen MigrantInnen angelegt, aufgrund der rückläufigen Flüchtlingszahlen findet derzeit eine Reduzierung der dezentralen halboffenen Lager statt.

Lagerunterbringung zielt auf die Festsetzung, Kontrolle und Verwaltung von hierhin fliehenden Menschen und deren institutionellem Fernhalten und Ausschluss aus der Gesellschaft

Das dezentrale halboffene Lagersystem

Ich fasse diese zwangsweise Unterbringung mit dem Begriff des halboffenen Lagers für MigrantInnen und Flüchtlinge mit einem ungesicherten Aufenthalt, in seiner Gesamtheit als *dezentrales halboffenes Lagersystem*. Es ist ein System von unterschiedlichen Lagertypen, die dezentral in den Kommunen angeordnet sind und deren Funktion nur durch den Systemcharakter der angeordneten Einzellager verständlich wird. Das dezentrale Lagersystem setzt sich zusammen aus den Landesaufnahmeeinrichtungen, großen Auffanglagern, den zur langfristigen Unterbringung konzipierten Gemeinschaftsunterkünften als dezentrale halboffene Sammellager; dem neuen Zwischenglied Ausreiseeinrichtung als Abschiebelager und den Abschiebehaftanstalten, wozu auch die exterritoriale Unterbringung auf dem Flughafen in Frankfurt am Main als Internierungslager für Flüchtlinge zählt. Die Dezentralität des Lagersystems wird durch das weltweit einmalige Gesetz der Residenzpflicht gewährleistet, welches nach der bundesweiten Verteilung der asylsuchenden Menschen auf die einzelnen Landkreise das Verlassen dieser unter Geld- bzw., bei fehlender Liquidität, unter Haftstrafe stellt. Wie durch ein virtuelles Netz wird der Raum parzelliert, die Flüchtlinge gleichmäßig über diesen verteilt, verwaltet und festgehalten. Der Begriff der Halboffenheit betont, dass die Bewohnerinnen aus den Lagern verschwinden können und gleichzeitig in diesen festgesetzt werden. Dieses Festsetzen wird durch institutionelle Schranken und symbolische Barrieren und nicht durch Stacheldraht organisiert. Die BewohnerInnen können prinzipiell aus den Lagern verschwinden und in die Welt der ‚Illegalität' abtauchen. Hierdurch unterscheiden sich das bundesdeutsche dezentrale halboffene Lagersystem für MigrantInnen mit einem ungesicherten Aufenthalt von den Internierungslagern für MigrantInnen, wie sie in vielen EU-Ländern vorfindbar sind. Die politische Absicht der Lagerunterbringung zielt auf die Festsetzung, Kontrolle und Verwaltung von hierhin fliehenden Menschen und deren institutionellem Fernhalten und Ausschluss aus der Gesellschaft.

Lagersystem als Mittel der Verhinderung von Migration

Die aktuellen Strukturen des dezentralen Lagersystems sind ohne ihre historische Genese nicht zu verstehen. Politische Zielsetzung der Lagerunterbringung war 1980 die Verhinderung von neuen Migrationsbewegungen in die Bundesrepublik und der Versuch der Vertreibung der bereits hier Angekommenen durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen. In den politischen Begründungen wurde dabei offen auf rassistische Argumentationsmuster rekurriert [Bezug genommen Anm.] und allen Flüchtlingen ein absichtlicher Missbrauch des Asylrechts unterstellt. Im folgenden Jahrzehnt wurde durch die konservative Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) diese rechts-populistische Debatte aus innenpolitischen Gründen zugespitzt und erreichte 1993, als zentraler Diskurs der ‚Wende', und der de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ihren Höhepunkt. Das Sammellager entwickelte sich in dieser Zeit im physisch angreifbaren Symbol des entfachten rassistischen Diskurses, so dass zwischen 1986 und 1995 regelmäßig Unterkünfte angezündet wurden. Parallel wurde 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) verabschiedet, das auch heute noch die zentrale rechtliche Grundlage der staatlichen Entrechtungspraxis ist. Im AsylbLG wurden die auf dem administrativen Verwaltungsweg bereits angewandten Instrumente in einem eigenen Gesetz gebündelt. Die Kapazität des bundesdeutschen Lagersystems erreichte in dieser Zeit mit mehr als 1,5 Millionen LagerbewohnerInnen ihren historischen Höhepunkt. In den nächsten Jahren folgten weitere Verschärfungen des AsylbLG. Trotz der offensichtlichen Verfehlung der politischen Zielsetzung - die Verminderung der Flüchtlingszahlen durch Abschreckungslager im Ankunftsland - wird erstaunlicherweise bis heute an dieser Politik festgehalten, obwohl die damaligen, rassistisch aufgeladenen Begründungen fast gänzlich aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden sind. Die aktuellste Zuspitzung des Lagersystems wurde mit dem so genannten ‚Zuwanderungsgesetz' unter der ersten rot-grünen Bundesregierung kodifiziert, mit den Ausreiseeinrichtungen entstand ein neuer Lagertyp: das ‚humanitäre' Abschiebelager zur Forcierung der freiwilligen' Ausreise. Folge dieser zugespitzten ‚Flüchtlingspolitik' ist die massenhafte Vertreibung der untergebrachten MigrantInnen in die ‚Illegalität'.

Lager als Kontrolle hier lebender MigrantInnen

Administrative Zielsetzung der Ausländerpolitik der Innenbehörden ist Kontrolle hier lebender MigrantInnen und die Regulation und Verhinderung von Einwanderung, für deren Legitimierung auf einen nationalen Sicherheitsdiskurs zurückgegriffen wird. Die Lagerunterbringung bildet die materielle Struktur dieser Ausländerpolitik. MigrantInnen mit einem ungesichertem Aufenthalt werden räumlich festgesetzt, kontrolliert und materiell ausgegrenzt, mit der Zielsetzung, einen direkten Behördenzugriff auf die LagerbewohnerInnen zur Abschiebung jederzeit zu ermöglichen. Diese Funktion ist aufgrund der Quantität der untergebrachten MigrantInnen nur durch die Dezentralität der Einzellager, die lokal organisierte Verwaltung und dort abgestimmte polizeilich-exekutive Kontrolle reibungslos möglich. Die dezentralen Verwaltungsstrukturen führen gleichzeitig zur Unsichtbarkeit der staatlichen Aberkennung von Rechten, denn die jahrelange oder jahrzehntelange Unterbringung von mehreren hunderttausend Menschen vollzieht sich hinter dem Rücken der Öffentlichkeit. Lokal sichtbar werden nur die Einzellager, das Gesamtsystem und das Ausmaß der Unterbringung ist nicht unmittelbar erkennbar. Als sozialer Raum wird der Lagerinnenraum strukturiert durch das zwangsweise Miteinander, die Handlungen der Mitarbeiterinnen, durch die lokale Einbettung des konkreten Einzellagers und den rechtlich-institutionellen Rahmen. Die Lagerunterbringung bedeutet den Einschluss der Bewohnerinnen im Lager als materiell-räumlicher Ort der gesellschaftlichen Exklusion. Dieser Prozess des Einschlusses im Lager produziert symbolische wie materielle Barrieren, die ein einfaches Eintreten für Besucherinnen und Nichtflüchtlinge verhindern. Für MigrantInnen, deren Lebensmittelpunkt über Jahre das Lager bildet, ist eine Determination der Erfahrungen und der Handlungsmöglichkeiten durch die Lagerbedingungen feststellbar. Das Verschwinden in die ‚Illegalität' und das sich Einrichten in den irregulären Strukturen der Gesellschaft ist die einzige Möglichkeit des Ausbruchs aus dem Lager.

Lagerunterbringung bildet die materielle Struktur einer Ausländerpolitik, für deren Legitimierung auf einen nationalen Sicherheitsdikurs zurückgegriffen wird

Folge der Lagerunterbringung ist psychische Zerstörung

Das psychisch Zerstörerische der Lagerunterbringung gründet in der Unterbringung in den Mehrbettzimmern der Gemeinschaftsunterkünfte, die eine Erosion der Privatsphäre und ein Leben in Zwangsgemeinschaften mit sich bringt. Das Arbeitsverbot und die Auszahlung von Sachleistungen, in Kombination mit dem räumlich isolierten Leben, strukturieren den Tagesablauf der Einzelnen als behördlich

verordnetes Nichts-Tun und Langeweilen. Die kapitalistisch organisierte Außenwelt erscheint zwar in ihrer glitzernden Warenästhetik, aufgrund des materiellen Ausschlusses ist sie jedoch nur begehrbar, der Konsum soll durch die Aberkennung des Rechts auf Arbeit und Geldleistungen verhindert werden. Die Außenwelt erscheint aus Perspektive der BewohnerInnen wie hinter durchsichtigem Panzerglas, zum anfassen nah und gleichzeitig unerreichbar fern. Die BewohnerInnen selber beschreiben den Einschluss im bundesdeutschen Lager als Leben im offenen Gefängnis. Der gesellschaftliche Rassismus strukturiert hierbei die Umgebungsgesellschaft als feindlich, die symbolische Ordnung verweist die LagerbewohnerInnen auf einen der unteren Plätze. Folge dieser gesellschaftlichen Segregation und Deprivation sind fast zwangsläufig psychisch zerstörerische Mechanismen, depressive Zustände und unkontrollierte diffuse Aggressionen mit Auswirkungen auf die physische Konstitution. Diese Kasernierung des Psychischen ergibt sich hierbei aus der Kombination der Lebensbedingungen und der Perspektivlosigkeit als Produkt der zeitlichen Unbegrenztheit. Nach Jahren oder gar Jahrzehnten der Unterbringung stirbt die Hoffnung auf einen gesicherten Aufenthalt, das Handeln der Behörden erscheint undurchschaubar und willkürlich und verhindert jegliche Lebensplanung. Wie andere Untersuchungen aufzeigen konnten, führt die dauerhafte Lagerunterbringung auch zu einer erhöhten Vulnerabilität [Verwundbarkeit Anm.] für physische Krankheiten.

Konturen zukünftiger Flüchtlingspolitik zeigen sich u.a. deutlich am Beispiel des multifunktionalen Lagers Oldenburg/ Blankenburg

Konzept der „freiwilligen Ausreise"

Konturen einer zukünftigen Flüchtlingspolitik als administrativer Umgang mit denjenigen, die hier nicht gewollt und nicht verwertbar sind, zeichnet sich zurzeit am deutlichsten in Niedersachsen ab. Als kostengünstigste und effizienteste Strategie setzt sich zunehmend das Konzept der ‚freiwilligen' Ausreisen durch. Die jahrelange Unterbringung in überteuerten dezentralen Lagern soll langfristig komplett vermieden werden. Administratives Zentrum ist die ZAAB (Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde) Niedersachsen mit ihren drei jeweils 550 Plätze umfassenden Lagern. Dieser Lagerkomplex setzt sich zusammen aus den beiden multifunktionellen Sammellagern in Blankenburg/ Oldenburg und Braunschweig als integriertes Lagerkonzept, bestehend aus Erstaufnahmeeinrichtung (§ 44 AsylVfG), Gemeinschaftsunterkunft (§ 53 AsylVfG) und Ausreiseeinrichtung (§ 61 AufenthG) in einem Gebäude. Hinzu kommt das Lager Bramsche, wo neue Strategien und Instrumente zur ‚freiwilligen' Ausreise entwickelt und praxiserprobt werden. Durch diesen Lagerkomplex mit insgesamt 1.650 Plätzen wird bereits derzeit eine Verteilung neu ankommender Asylsuchender auf die Kommunen fast komplett vermieden. Die Betroffenen wechseln nur noch als Akte die Etage, von einem Lager in das nächste. Sobald Platz geschaffen wird, durch ein ‚freiwilliges' Abtauchen, eine ‚freiwillige' Ausreise oder eine gewaltsame Abschiebung, stehen die geduldeten MigrantInnen als neue potentielle LagerbewohnerInnen bereit. Diese Entwicklungslinien lassen sich auch in den anderen Bundesländern ablesen, häufig noch in einem früheren Stadium ihrer Durchsetzung. Als zukünftiger Rahmen zeichnet sich jedoch ein enger Lagerkreislauf mit zentralen multifunktionalen Großlagern ab, die durch das Land betrieben werden. Dies wird zu einer Schließung der dezentralen halboffenen Lager führen. Neu ankommende und ‚alte' geduldete MigrantInnen sollen diesen engen Lagerkreislauf überhaupt nicht mehr verlassen, die Perspektivlosigkeit soll so durch verschiedene Psychotechniken frühzeitig in das Bewusstsein der Betroffenen transformiert und eine baldige ‚freiwillige' Ausreise durch finanzielle Anreize unterstützt werden.

Das Lager als potentiell rechtsfreier Raum

Die gesamte Analyse des bundesdeutschen Lagersystems ist beim Verlag Westfälisches-Dampfboot unter dem Titel »Die Gegenwart der Lager - Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik« im Sommer 2008 erschienen. Die Forschungsarbeit geht von der Analyse des Sozialraums Lagers aus der Perspektive seiner BewohnerInnen aus und erarbeitet Strukturdimensionen, die diesen analytisch fassbar machen. Es eröffnet sich ein potentiell rechtsfreier Raum, der systematische Menschenrechtsverletzungen produziert. Von raum-, rassismustheoretischen und sicherheitstechnologischen Überlegungen ausgehend wird eine Analyse der politischen, ökonomischen und ideologischen Funktionen das dezentrale Lagersystem erarbeitet. Eingebettet in kritisch-materialistische Theorieansätzen wird ein fundierter Begriff des institutionellen Rassismus (Hall, Bourdieu) entworfen. Die Entrechtung von MigrantInnen und deren Einschluss im Lager wird dann in seinen historischen Dimensionen fassbar als wichtiger Regulationsmodus der Einwanderungsbewegungen in die Bundesrepublik Deutschland.

Tobias Pieper

Erschienen in „Der Schlepper" Nr.46

ANTIZIGANISMUS

Dieser Text ist der Versuch eines knappen Einstiegs in das Problem des Antiziganismus. Es ist eine gekürzte und leicht veränderte Fassung des Textes „Antiziganistische Zustände - eine Einleitung", im Sammelband »Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments« – Hrsg. von Markus End, Kathrin Herold und Yvonne Robel. (Münster, Unrast, April 2009)

Warum es eines eigenen Begriffs und zudem eines derart ungeläufigen bedürfe, um Rassismus gegen Roma und Sinti zu benennen, ist eine Frage mit der häufig diejenigen konfrontiert werden, die sich damit auseinandersetzen. Zu entgegnen ist dem, dass dieses Phänomen, das es begrifflich und analytisch zu fassen gilt, ein alltägliches und äußerst tiefsitzendes Ressentiment ist, das von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht; es sich damit jedoch weitaus komplizierter verhält, als es die Paraphrasierung »Rassismus gegen Roma und Sinti« zu umschreiben vermag. Ein Blick in die Vergangenheit macht klar, dass es eine eigene Geschichte des Antiziganismus gibt, die sich von Antisemitismus und kolonialem Rassismus unterscheidet und notwendigerweise eigenständig – wenn auch in Verkopplung mit anderen Herrschafts- und Machtstrukturen – gesellschaftskritisch analysiert werden muss.

Die grausame antiziganistische Ausgrenzung und Verfolgung verbunden mit dem Ziel der Vernichtung, hat während des Nationalsozialismus zur Ermordung hunderttausender Roma, Sinti und anderer Minderheiten geführt.

Vorangegangen war dem die bisher exzessivste Form bürokratischer Kennzeichnung von Personen, die als »Zigeuner« betitelt wurden. Ab 1941 war es das Kürzel »ZM«, welches Menschen als »Zigeunermischlinge« markierte und dadurch den gewünschten bürokratischen Ablauf der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik garantierte. Insbesondere diese als »Zigeunermischlinge« Bezeichneten waren es, die zu Tausenden in Konzentrationslagern sowie von Einsatztruppen und Wehrmachtsangehörigen außerhalb der Lager ermordet wurden. Aber auch die als »reinrassige« oder »stammechte« »Zigeuner« eingestuften Menschen waren den Verfolgungen, Zwangssterilisationen, Deportationen und Massenermordungen ausgesetzt. Darunter befanden sich zahlreiche Menschen, die sich selbst weder als »Zigeuner« noch als Roma identifiziert hätten.

Jene Kennzeichnung war bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in dessen Folge sich die Verfolgung von »Zigeunern« verschärfte, untrennbar an die Konstruktion einer biologisch vererbbaren Asozialität und Devianz gekoppelt. Beteiligt an dieser tödlichen Konstruktion waren insbesondere die *Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens im Reichskriminalpolizeiamt* und die *Rassenhygienische Forschungsstelle im Reichsgesundheitsamt* unter der Leitung Robert Ritters – jene Institutionen, aus welchen sich nach 1945 zahlreiche Akteur_innen der neuerlichen polizeilichen Erfassung der Überlebenden rekrutierten und diese abermals zu »Objekten behördlicher Interventionen« degradierten.

Ein randständiges Thema innerhalb bundesdeutscher Erinnerungskultur

Dass es in den 1980er Jahren der Bundesrepublik überhaupt zu einer ersten Thematisierung der polizeilichen diskriminierenden, weil rassekennzeichnenden Praxen gekommen ist, verdankt sich zuallererst der Roma-Bürgerrechtsbewegung. Erst Mitte der 1980er Jahre setzten etwas breitere Debatten um eine generelle Überarbeitung der Entschädigungsgesetzgebung und um die »ausgegrenzten und vergessenen Opfer des Faschismus« ein. Angesichts der Tatsache, dass es, bis die Roma-Bürgerrechtsbewegung selbst das Thema immer wieder in der Öffentlichkeit auf die Agenda setzte, so gut wie gar kein Interesse für die Geschichte des Völkermordes, geschweige denn Empathie mit den Roma als Opfergruppe gab, kann die Betitelung »vergessen« nur als Euphemismus gelesen werden. Eine offizielle Anerkennung des nationalsozialistischen Völkermordes an den Roma und das Bekenntnis zu einer daraus resultierenden »moralischen Wiedergutmachung« erfolgte erstmals 1982 durch den Kanzler Helmut Schmidt.

Abermals war es die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma, die versuchte, mit Gedenk-kundgebungen, Demonstrationen und Hungerstreiks sowie Besetzungen an den histo-

rischen Orten der Verfolgung, den ehemaligen Konzentrationslagern, auf die versäumte Aufarbeitung, die andauernde Diskriminierung und die nicht erfolgten Entschädigungszahlungen aufmerksam zu machen. Diesen gedenk- und entschädigungspolitischen Lücken entspricht der Umstand, dass die klassische »Zigeunerforschung« in der Bundesrepublik erst in den 1980er Jahren von einer kritischeren, auf Antiziganismus und NS-Verfolgung fokussierten Forschung abgelöst wurde. Unweigerlich muss sich daher eine Antiziganismuskritik mit Wissenschaftsgeschichte (insbesondere der Ethnologie!) beschäftigen, weil gerade hier eine nachwirkende Wissensproduktion in Bezug auf »Zigeuner«-bilder und -vorstellungen immer wieder neu reproduziert wurde und zum Teil auch noch wird.

Ein Blick in die frühe Geschichte

Die Geschichte des Phänomens Antiziganismus jedoch reicht mindestens bis in das frühe 15. Jahrhundert n. Chr. zurück, in welchem die ersten Berichte über das Auftauchen von »Zigeunern« zu verzeichnen sind. Anfangs noch geduldet, wurden die erwähnten »Zigeuner« bereits auf dem Freiburger Reichstag von 1498 der Spionage für die Türken beschuldigt und als Strafe für vogelfrei erklärt. Sie durften fortan ohne weiteren Grund getötet werden.

Eine solche Verfolgungspolitik und -praxis setzte sich in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten mit unterschiedlichen Ausprägungen in ganz Europa durch. Als »Zigeuner« titulierte Menschen wurden getötet, gefoltert, verbannt, versklavt, vertrieben oder zu Zwangsarbeit verpflichtet. In den frühen Jahrhunderten hatte die Verfolgung dabei häufig eine religiöse Komponente. »Zigeunern« wurde wahlweise vorgeworfen, sie seien keine richtigen Christen, sondern pflegten heidnische Bräuche, sie stünden mit dem Teufel im Bunde, sie stammten von Kain ab, sie hätten die Nägel für die Kreuzigung Jesu gefertigt, sie hätten der heiligen Familie die Herberge verweigert, sie seien auf einer Pilgerreise, um eben diese Verweigerung der Herberge zu sühnen oder sie hätten eben jene Pilgerreise nur vorgetäuscht, um sich den Pilger-Status zu erschleichen. Solche religiösen Deutungen waren dabei untrennbar mit Vorwürfen der Arbeitsscheue, des Nomadentums, der Schmutzigkeit und der Spionage verbunden.

Grundsätzlich neue Elemente der Politik gegenüber den »Zigeunern« traten erst im Laufe des 18. Jahrhunderts mit der Durchsetzung der europäischen Aufklärung hinzu. Einerseits gab es zu dieser Zeit Plädoyers und Versuche, »Zigeuner« im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft zu erziehen. Unter Kaiserin Maria Theresia und ihrem Nachfolger Joseph II. wurde in Österreich-Ungarn versucht, »Zigeuner« dauerhaft zu assimilieren. Dazu wurden sie zwangsweise angesiedelt, ihnen teilweise die Kinder weggenommen, ihre Sprache sowie Ehen untereinander verboten. Andererseits begann zu dieser Zeit die Rassifizierung der »Zigeuner« zu einem ganz anderen Volk. Die Grundlage für diese Entwicklung legte Heinrich August Moritz Grellmann mit seinem weithin zitierten Werk *Historischer Versuch über die Zigeuner*. Noch schwankend zwischen dem aufklärerischen Umerziehungsgedanken auf der einen und der Vorstellung der biologischen Determination des Charakters auf der anderen Seite, schuf Grellmann die Grundlage für nahezu alle »Zigeuner«-Stereotype, die noch bis heute bekannt sind.

Im deutschen Reich unter preußischer Führung und in der Weimarer Republik verschärfte sich die Überwachung der als »Zigeuner« diskriminierten Menschen erneut. Eine moderne Bürokratie und Verwaltungsstruktur ermöglichten eine Totalerfassung aller »Zigeuner« in Karteien. 1899 wurde bei der Münchner Polizei eine Zigeunerzentrale eingerichtet, die bis in die 1960er Jahre unter wechselnden Namen und Systemen maßgeblich für die Erfassung der als »Zigeuner« titulierten Menschen in Deutschland war. 1926 trat in Bayern das Gesetz *Zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen* in Kraft, das einen neuen Höhepunkt in der Politik gegen Roma, Sinti und andere als »Zigeuner« diffamierte Gruppen darstellte. Die so bestehende Infrastruktur wurde im Nationalsozialismus übernommen und Stück für Stück ausgebaut. Auch in der neu gegründeten Bundesrepublik nahmen spezielle Behörden und Institutionen sofort wieder ihre Arbeit auf. Die nunmehr Bayerische Landfahrerzentrale getaufte Institution war bereits ab 1953 faktisch bundesweit zuständig. Das Gesetz *Zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen* von 1926 wurde – mit einigen Veränderungen und unter dem schlichteren Namen *Landfahrerordnung* – im Bayerischen Landtag 1953 neu aufgelegt. »Zigeunerforscher« wie Hermann Arnold konnten, ebenso wie die Landeskriminalämter, einen Großteil der während des Nationalsozialismus angelegten Akten weiter nutzen. Ein Vorgang, der bis heute weder juristisch noch politisch aufgearbeitet wurde.

Erscheinungsformen des Antiziganismus heute

Auch im gegenwärtigen Europa bedeutet Antiziganismus offene Gewaltanwendung gegen Roma und andere als »Zigeuner« bezeichnete Menschen seitens des Staates, der Mehrheitsbevölkerung oder rechter Gruppierungen: 1995 entlud sich der Hass gewaltsam in Oberwart (Österreich). Als vier Männer der Oberwarter Roma-Siedlung eine Tafel entfernen wollten, die die Aufschrift »Roma zurück nach Indien« trug, wurden ihre Körper von einer hinter der Tafel verborgenen Rohrbombe zerfetzt. In Italien, Slowenien, Serbien, Tschechien und der Türkei wurden Roma im letzten Jahrzehnt aus grundbuchrechtlich eingetragenen Wohnungen vertrieben. 2004 ging der slowakische Staat mit einem massiven Polizei- und Militä-

reinsatz gegen einen Massenprotest von Roma vor, der sich gegen drastische Kürzungen der Sozialhilfe – für viele Roma in der Ostslowakei die einzigmögliche Existenzgrundlage – richtete. In Tschechien wurden im Jahr 2005 erneut Zwangssterilisierungen vorgenommen. Eine unsägliche Katastrophe für Roma spielte sich im Jahr 1999 und erneut im März 2004 unter den Augen der NATO-Truppen – jedoch nahezu ohne Berichterstattung in den internationalen Medien – im Kosovo ab. Nachdem die NATO auf Seiten der UÇK Partei ergriffen hatte, um die angeblichen »ethnischen Säuberungen« durch die serbischen Truppen zu unterbinden, bedankten sich albanische Extremist_innen ihrerseits mit einer »ethnischen Säuberung« des Kosovo: Mit Morden und Ausschreitungen, jedoch zumeist durch Besuche vermummter Bewaffneter, die nachts an Türen klopften und die Bewohner_innen zum Verlassen ihrer Häuser aufforderten, wurden über 100.000 Roma aus dem Kosovo vertrieben.

Nicht zu ermessen ist das Trauma der Verfolgten, die in die Bundesrepublik geflohen waren und seit 2005 häufig durch uniformierte Bewaffnete, die nachts an ihre Türen klopfen und sie zum Verlassen ihrer Wohnungen auffordern, in das Kosovo abgeschoben werden, wo sie Armut und nicht selten weitere Verfolgung erwarten. In Rumänien, Italien, Tschechien und Ungarn gab es im letzten Jahr gewaltsame Übergriffe gegen Roma. Inzwischen stellen selbst europäische Institutionen – freilich mit oft fragwürdigen Konsequenzen – fest, dass Roma die am meisten benachteiligte Minderheit in der Europäischen Union seien.

Es handelt sich dabei europa- und weltweit um eine Minderheit, die zwar häufig miteinander verbindet, eine zusätzliche nicht-nationalstaatlich zugeordnete Sprache zu sprechen, nämlich Romanes, die aber bezüglich ihrer Lebensorte oder Herkunftsländer (wenn es sich um Migrant_innen und Flüchtlinge handelt), Religionen, Sprachen, Staatsangehörigkeiten u.v.m. die unterschiedlichsten Hintergründe haben.

Neben den drastischen gewaltsamen Ausprägungen des Antiziganismus und anderen deutlich spürbaren Benachteiligungen (Wohnungssuche, Arbeitsmarkt, Schulen etc.) haben sich diskriminierende Bilder und Vorurteile in das alltägliche Sprechen über und das Abbilden von Roma eingeschlichen. Es ist nahezu unmöglich, eine Beschreibung von Roma jenseits romantisierender oder ablehnender Stereotype zu finden. Diese Feststellung gilt europaweit.

Wie nun also den Begriff Antiziganismus definieren?

Während unserer Diskussionen im Laufe der Redaktionsarbeit für »Antiziganistische Zustände« haben wir uns als Herausgeber_innen auf folgende vorläufige Formulierung geeinigt: Antiziganismus bezeichnet diskriminierende Praxen gegenüber als »Zigeuner« titulierten Menschen – von ausschließenden Strukturen bis hin zu manchmal tödlicher Gewalt – als auch kulturell vermittelte stereotype Denkmuster und Bilder. Unbeantwortet muss die Frage bleiben, ob solche antiziganistischen Denkmuster faktisch auch ohne »Zigeuner« auskommen würden. Gehen wir davon aus, dass der Begriff des »Zigeuners«, wie wir ihn gebrauchen, ein projektives Bild bezeichnet, welches in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft produziert wird, so ist zumindest anzunehmen, dass sich an den Begriff gekoppelte Stereotypisierungen potentiell gegen alle Menschen richten könnten, die z.B. einer sozialen Deklassierung oder der Kategorisierung als »Nomaden« o.ä. unterliegen. Am häufigsten von der Stigmatisierung als »Zigeuner« und von diskriminatorischen Praxen des Antiziganismus betroffen sind jedoch Menschen, die sich selbst sehr häufig, wenn nicht überwiegend, zur Gruppe der Roma zählten und zählen. Allerdings ist es uns wichtig, keine Homogenität festzuschreiben, wo sie nicht vorhanden ist. Auch droht mit der Bezeichnung »Roma« zugleich die Gefahr, sie als Fremdbezeichnung auf Menschen anzuwenden, welche sich selbst nicht als diese verstehen.

Antiziganismus (k)ein Thema in der Linken?

Dort, wo es sich um staatliche bzw. behördliche Repressionen handelt, lassen sich in den letzten Jahren auch in einer unabhängigen Linken vereinzelt selbstkritische Töne darüber finden, dass in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Antiziganismus selbst innerhalb antirassistischer Arbeit erhebliche Defizite und Lücken bestehen. So wiesen beispielsweise Gruppen, die sich Anfang der 1990er angesichts der Abschiebewellen und den daraus hervorgegangenen Bleiberechtskämpfen in der Unterstützung von Roma-Flüchtlingen engagierten, auf die ungleichen Akteur_innen-Verhältnisse innerhalb der Bündnisarbeit hin. Insbesondere der Umstand, dass es abermals am Protest beteiligte Roma selbst waren, die einen Bezug zur nationalsozialistischen Verfolgungspolitik herstellten und damit die deutschen Unterstützer_innen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwangen, geriet hierbei in die Kritik. Von einer analytischen Annäherung an das Phänomen Antiziganismus bleiben jedoch auch linke Debatten weit entfernt.

Diesen Lücken steht eine anscheinend unverrückbare Dominanz antiziganistischer Zustände gegenüber.

Sich dieser Tatsache bewusst zu werden und in eine konstruktive Diskussion über Möglichkeiten und Chancen von Kritik und Handlungsstrategien einzusteigen, dafür bieten die beiden Veranstaltungen am 6. Juni in Bremen sowie am 13. Juni in Oldenburg Gelegenheit!

Antiziganistische Zustände
Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments

Bookrelease, Vorträge und Diskussionen

In nahezu allen Staaten Europas werden Menschen als „Zigeuner" diskriminiert und teilweise verfolgt. Es scheint unmöglich, eine Beschreibung von Roma, also der Gruppe die am stärksten von Ausgrenzungen betroffen ist, jenseits romantisierender oder ablehnender Stereotype zu finden.

Auf diesen Zustand trifft eine auffällige Leerstelle politischer und theoretischer Analysen. Das gilt auch für eine linke Kritik, die oft nicht über moralische Empörung hinaus geht.

Im April 2009 ist bei Unrast ein Buch erschienen, das unter dem Titel „Antiziganistische Zustände - Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments" neue Ansätze für eine gesellschaftskritische Diskussion versammelt. Einige der Beiträge des Bandes vorzustellen sowie daran anknüpfende Themenbereiche zu bearbeiten, ist das Vorhaben dieser „bookrelease" - Veranstaltung.

Im ersten Teil der Veranstaltung sollen die gesellschaftlichen Ursachen des Antiziganismus und eine strukturelle Verkopplung zwischen Antiziganismus und Kapitalismus verdeutlicht werden. Dazu ist es notwendig, »Zigeuner« als Produkt einer umfassenden Konstruktionsleistung zu betrachten, um nach deren Facetten zu fragen: Welche Muster ermöglichen es, das Produkt »Zigeuner«, so wie es uns dargereicht wird – als wild, frei und musikalisch auf der einen Seite und als dreckig, stehlend und vaterlandslos auf der anderen Seite – aufrechtzuerhalten und stets aufs Neue zu reproduzieren? Dies rückt die Funktionen, die dieses Ressentiment in den Weltbildern der bürgerlichen Subjekte erfüllt, in den Fokus unseres Interesses.

Am Nachmittag finden parallele Veranstaltungen statt, die eher als Arbeitsgruppen angedacht sind. Unter anderem werden aktuelle Erscheinungen des Antiziganismus in Rumänien und Italien problematisiert. Daneben soll es um Formen medialer Repräsentationen und die Möglichkeit des Hinterfragens stereotyper Abbildungen gehen. Eine weitere Arbeitsgruppe wird sich an konkreten Beispielen damit beschäftigen, wie auch forcierte gedenkpolitische Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Massenmord wesentlich in antiziganistischen Diskursmustern verhaftet bleiben.

Zum Abschluß des Tages soll mit einer Filmvorführung sowie begleitender Diskussion die Situation von Roma-Flüchtlingen, deren prekärer Status in der BRD und häufige Folgen von Abschiebungen in sogenannte Herkunftsländer Thema sein.

In **Bremen**:

Samstag, 6. Juni 2009, 10.30 - 19.00 Uhr

Kommunikationszentrum paradox
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Das Programm ist unter
www.rosa-luxemburg.com einsehbar.

In **Oldenburg**:

Samstag, 13. Juni 2009, ab 14 Uhr
Alhambra

Das Programm ist unter
www.infozentrum-oldenburg.de
einsehbar.

Eine Anmeldung ist nicht zwingend erforderlich, jedoch für die Planungen (insbesondere des Abendessens) sehr hilfreich.

Anmeldung, Kontakt, Fragen an:
k.herold@rosa-luxemburg.com (HB) oder an
infoladen-roterstrumpf@riseup.net (OI)

Inseln des Widerstandes

Kaum ist an einem Unruheherd relative Ruhe eingekehrt, bricht am nächsten ein heftiger sozialer Konflikt auf. In den französischen „Überseebezirken" (départements d'outre-mer, DOM) herrscht seit Wochen sozialer Aufruhr. Auf der Karibikinsel Guadeloupe (Französische Antillen) begann der Generalstreik am 20. Januar 2009. Dem Kollektiv, das den Protest trug – Liannay kont pwofitasyon (LKP), was übersetzt „Zusammen gegen Ausbeutung" bedeutet – gehörten 49 Organisationen an, darunter alle Gewerkschaften auf der Insel. Am 5. März waren die Ziele des Streiks weitgehend erreicht. Nun steht aber noch ein zäher Kampf in den einzelnen Betrieben um die Durchsetzung des Abkommens bevor, da es nicht von allen Unternehmern anerkannt wird.

Erfolgreiche soziale Kämpfe in den französischen Übersee-Départements

Auf der ebenfalls zu den französischen Antillen gehörenden Insel La Martinique, wo der Generalstreik etwas später, am 5. Februar, begann, wurde in der Nacht vom 10. zum 11. März ein Abkommen über die Anhebung aller niedrigen Löhne geschlossen. Auch hier konnten die Forderungen der Protestbewegung weitgehend erfüllt werden. In einem anderen französischen „Überseebezirk" dagegen, auf La Reunion – im Indischen Ozean zwischen Madagaskar und der Insel Mauritius gelegen –, ging der Streik zur gleichen Zeit erst los. Am 5. und 10. März fanden erstmals generalstreikartige Arbeitsniederlegungen statt. Nach einer Nacht heftiger Unruhen – in der mutmaßlich 20 Polizisten verletzt wurden und mit scharfer Munition auf einen Gendarmeriebeamten geschossen wurde – wurden am 11. März in einem „sozialen Brennpunkt" der Stadt Saint-Denis-La-Reunion die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne und die Senkung der Preise wieder aufgenommen.

In allen drei Fällen wechselten sich Phasen breiter sozialer Mobilisierung in Form von – gemessen an der Einwohnerzahl – riesigen Demonstrationen mit Phasen militanter Auseinandersetzungen ab. So wurden in den Tagen ab dem 16. Februar auf Guadeloupe Barrikaden errichtet, Straßen abgesperrt, und jugendliche „Aufrührer" schossen mit scharfer Munition. Nach dem Tod eines 48-jährigen Gewerkschafters in der Nacht zum 18. Februar – Jacques Bino, der mutmaßlich von jungen „Hitzköpfen" irrtümlich für einen Zivilpolizisten gehalten wurde – kühlte sich die Lage vorübergehend wieder ab. Heftige Zusammenstöße zwischen Polizei und „Aufrührern" gab es am 6. März auch auf La Martinique – hier verläuft die Austragung sozialer Konflikte normalerweise „moderater" als auf Guadeloupe, wo radikalere politische Traditionen bestehen. Und auf La Reunion erschütterten Riots bereits in der ersten Woche nach Ausrufung des Generalstreiks das Quartier „Le Chaudron" („Der Kessel"), ein Armenviertel der Inselhauptstadt Saint-Denis-la-Réunion.

Absurde Anklage wegen „Rassismus" – gegen Weiße

Das Aufflammen der Gewalt stellte jeweils eine Reaktion auf eine „blockierte Situation" dar, in der die Verhandlungen festzustecken schienen und sich die Staatsmacht zu keinen substanziellen Zugeständnissen bereit zeigte. Im Falle von La Martinique bildeten die Unruhen und Konfrontationen mit der Staatsmacht zudem eine Reaktion auf eine Provokation der „Béké", der aus Nachfahren der früheren weißen Sklavenhalter bestehenden Gutsbesitzerkasten, in deren Händen wesentliche Teile der Inselökonomie liegen. Ihre Repräsentanten hatten an jenem Tag zu einer Kundgebung gegen die Streikenden und ihre Forderungen aufgerufen, was viel böses Blut hervorrief.

Die politische Klasse in Paris ihrerseits ist gespalten: Der französische Staatssekretär für Übersee-Angelegenheiten, Yves Jégo, hält die politische Linie der reaktionärsten „Béké"-Kreise für nicht durchsetzbar und zeigte sich in seinen öffentlichen Stellungnahmen entsetzt über ein „archaisches Patronat" – also ein nicht zeitgemäß auftretendes Arbeitgeberlager. Dagegen setzte ein anderer Teil des Regierungslagers offenkundig auf eine repressive „Lösung" und/oder darauf, dass der Ausstand auf den Inseln sich entweder im Laufe der Wochen „totlaufen" oder aber in Gewalt umschlagen würde – was es aus ihrer Sicht erlauben würde, die Protestierenden zu isolieren oder niederzuschlagen. Letztere Position scheint lange Wochen hindurch vom Elysée-Palast unter Präsident Nicolas Sarkozy geteilt worden zu sein, bevor die Regierung dann letztendlich doch noch eher beruhigend auf das Geschehen einwirkte. Ein sehr schlechtes Zeichen ist allerdings, dass die Staatsanwaltschaft in der Inselhauptstadt von Guadeloupe, Pointe-à-Pitre, ein Strafverfahren gegen den (schwarzen) Sprecher des Kollektivs LKP, Elie Domota, einleitete. Vorgeworfen wird dem 42-jährigen „Aufstachelung zum Rassenhass" – gegen Weiße.

Was hatte er verbrochen? Elie Domota hatte jenen Arbeitgebern, die nicht

zur Anerkennung und Umsetzung des am 4. März abgeschlossenen Abkommens bereit seien, damit gedroht, sie müssten auf Dauer die Insel verlassen: „Wir werden es nicht zulassen, dass eine Bande von Béké wieder die Sklaverei einführen möchte." Dies wurde von Amts wegen als Hetze gegen Weiße gewertet. In Wirklichkeit bezeichnet der Begriff „Béké" aber mitnichten eine Hautfarbe, sondern die Zugehörigkeit zu einer fest definierten sozialen, Gruppe. Ein Eintrag im französischen Wikipedia erklärt beispielsweise, als „Béké" bezeichne man auf den französischen Antillen „die Nachfahren der frühen, Sklaven haltenden Siedler". Und im übrigen auch nicht alle ihrer Nachfahren. Denn wer in diesen Kreisen eine „Mischehe" mit Dunkelhäutigen eingeht, wird – auch heute noch – von seiner Klasse oder Kaste verbannt und ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaften in Frankreich sind an Weisungen aus dem Justizministerium gebunden, so dass klar ist, dass die politischen Machthaber in Point-à-Pitre und Paris dieses Ermittlungsverfahren unterstützen.

Bei den Streiks und Straßenprotesten geht es tatsächlich um die wirtschaftliche Macht der Béké. Auf den Antillen existiert eine Form kolonialer Ökonomie, die weitgehend am Tropf der französischen „Metropole" hängt. Neben Einnahmen aus dem Tourismus – die in den letzten Wochen aufgrund des Generalstreiks und der dadurch zum Erliegen gekommenen Treibstoffversorgung weitgehend ausblieben – basiert die Inselwirtschaft auf landwirtschaftlichem Großgrundbesitz und auf Einfuhrmonopolen. Die berühmte „Containerwirtschaft" befindet sich nach wie vor fest in der Hand von Angehörigen der „Béké". Daraus resultieren die immensen Preisunterschiede zum europäischen Festland-Frankreich – wie beispielsweise im Falle der inzwischen sprichwörtlich gewordenen Zahnbürste, die im europäischen Frankreich einen Euro und in Guadeloupe 4,50 Euro kostet. Die so genannte freie Konkurrenz – die dem in der wirtschaftsliberalen Theorie entgegenstünde – kann diese Mechanismen nicht aushebeln, da aufgrund der Inselsituation nur wenige Vertriebswege existieren, die zudem fest in der Hand der örtlichen Monopole liegen.

Diese gehören der alten, weißen „Béké"-Elite. Aber auch europäische Firmen, etwa vom französischen „Festland", profitieren von den „politisch festgesetzten" Preisen – die wichtigsten Verbraucherpreise, die auf einer offiziellen Liste aufgeführt sind, werden vom Präfekten (dem juristischen Vertreter des französischen Zentralstaats) festgelegt – und den dadurch ermöglichten Superprofiten. So verkauft der französische Erdöl-Konzern TOTAL auf Guadeloupe Treibstoff zu weit überhöhten Preisen und streicht dabei selbst einen deutlichen Extraprofit ein. Zudem ist etwa Alain Huyghues-Despointes, der reichste Mann auf den Karibikinseln, offizieller Lizenzinhaber für den Verkauf von rund 400 Industrieprodukten auf Guadeloupe und La Martinique, die an ihm vorbei dort nicht vertrieben werden können. Die europäischen Herstellerfirmen und die „Béké" teilen die Extraprofite unter sich auf.

Extraprofite durch Monopolpreise

Insofern stellt sich die Frage nach der Umverteilung des Reichtums auf den Inseln, aber für manche politische Bewegungen auch die nach der politischen Unabhängigkeit von Frankreich (oder, im Falle der KP Guadeloupes, nach Autonomie im französischen Staatsverband bei gleichzeitiger Integration in die Karibikregion). Aber in der Vergangenheit wurden Unabhängigkeitsbewegungen mehrfach blutig unterdrückt. Die Niederschlagung von Demonstrationen und Streiks im Mai 1967 kostete 110 Todesopfer.

Die letzte oppositionelle Bewegung, die Forderungen gegen das Elend offen mit der Unabhängigkeitsfrage verknüpfte und aus der heraus Einzelne – unter ihnen namhafte Intellektuelle und Lehrer – zu Bombenangriffen gegen französische Institutionen übergingen, wurde 1985 brachial niedergeschlagen. Daraus haben die Oppositionskräfte auf Guadeloupe gelernt. Zwar treten die wichtigsten sozialen Oppositionsbewegungen in der Regel auch für die Unabhängigkeit ein, etwa der Gewerkschaftsbund LIGTG auf Guadeloupe. Aber in diesem Jahr taucht die Unabhängigkeit in keinem der Forderungskataloge der sozialen Protestbewegung auf. Um die Einheit mit Oppositionskräften in der „Metropole" zu ermöglichen und nicht vom französischen Staat isoliert zu werden, rücken ihre Wortführer ausschließlich soziale Forderungen in den Vordergrund.

Auf dem Höhepunkt des Streiks in Guadeloupe demonstrierten am 21. Februar auch in Paris zwischen 10.000 und 20.000 Menschen bei einem Solidaritätsmarsch für die AntillenbewohnerInnen. Französische Linke – eine Delegation der französischen KP, Olivier Besancenot vom NPA (Neue Antikapitalistische Partei), der frühere Sprecher einer internationalistische Bauerngewerkschaft (und jetzige Grünen-Kandidat zur Europaparlamentswahl) José Bové – reisten gleichzeitig nach Guadeloupe, um ihre Solidarität auch vor Ort auszudrücken.

Das LKP, das die Tageszeitung Libération vor kurzem als „unidentifiziertes politisches Objekt" bezeichnete, setzt sich aus einem Geflecht von Gewerkschaften, kulturellen Vereinigungen wie etwa karibikfranzösischen Karnevalsgrup-

pen. Stadtteilgruppen und ähnlichen Initiativen zusammen. Unterdessen formierte sich unter Führung der örtlichen Gewerkschaften auch auf La Martinique eine ähnliche, aber nicht ganz so breite Allianz, das „Kollektiv vom 5. Februar", um den Ausstand zu organisieren, der an jenem Tag begann. Und auch auf La Reunion steht ein ähnliches Bündnis aus gewerkschaftlichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Kräften seit den beiden Generalstreiktagen vom 5. und 10. März an der Spitze.

180 Euro mehr für alle Geringverdienenden

Die zentrale Forderung auf den Antillen lautete einerseits, alle niedrigen Löhne um 200 Euro zu erhöhen, beinhaltete andererseits aber auch die Senkung vieler Preise – die in der Regel vom Präfekten (dem juristischen Vertreter des Zentralstaats) festgelegt werden. Hinzu kamen spezifische Forderungen wie die nach einem Entschädigungs- und Entgiftungsprogramm für die Opfer von Pestiziden, die in früheren Jahrzehnten auf den Bananenplantagen der Großgrundbesitzer eingesetzt wurden.

In den letzten Februartagen zeichneten sich Konturen eines Abkommens zwischen den wichtigsten sozialen Akteuren ab. Es würde in etwa beinhalten, dass die Unternehmer aus eigener Tasche 50 Euro auf die niedrigen Löhne (bis circa 1.400 Euro netto, dem 1,4fachen des gesetzlichen Mindestlohns SMIC) drauflegen und nochmals 50 Euro, die ihnen der Staat durch eine Senkung von Steuern oder Sozialabgaben erlässt. Nochmals 80 Euro würden als Sonderprämie aus staatlichen Mitteln bezahlt, die allen unteren Lohngruppen bis zum 1,4 fachen SMIC – freilich gestaffelt – zugutekommen soll. Dadurch würden die Lohn- und GehaltsempfängerInnen zumindest zeitweise 180 Euro pro Monat mehr in der Tasche haben, was nah an die 200-Euro-Forderung herankäme.

Das Abkommen, das in der Nacht vom 4. auf den 5. März auf Guadeloupe unterzeichnet wurde, sieht einen ähnlichen Mix vor, der nunmehr das Erreichen der 200 Euro mehr für alle niedrigen Löhne (bis zum 1,4fachen des Mindestlohns SMIC) sichert. Zudem wurden verschiedene Preissenkungen garantiert. Nicht zuletzt wurde jungen, diplomierten Inselbewohnerinnen eine bevorzugte Einstellung auf Arbeitsplätzen der öffentlichen Hand zugesichert; laut offizieller Statistik liegt die Erwerbslosigkeit auf Guadeloupe bei 23,5 Prozent. Ähnliche Bestimmungen sieht auch das Abkommen auf La Martinique vor.

Die entscheidende Frage wird jedoch sein, welche Unternehmen das Abkommen auch respektieren. Bislang scheinen vor allem die Großunternehmen in den Händen von „Béké" oder Europäern dies zu verweigern. Das LKP hat nun angekündigt, durch die einzelnen Betriebe zu ziehen und dort massiven Druck für die Einhaltung und Umsetzung des Abkommens zu machen. Die damit verbundene Drohung des LKP-Sprechers Elie Domatas, jene Unternehmer, die dazu dauerhaft nicht bereit seien, hätten nicht ihren Platz auf der Insel, wurde nun zum bereits genannten Anlass genommen, um das – skandalöse – Ermittlungsverfahren aufgrund angeblichen „Rassismus" gegen ihn einzuleiten. Ein Teil der regierenden Rechten möchte ganz offenkundig an einer sehr erfolgreichen sozialen Bewegung Rache nehmen.

aus Analyse & Kritik Nr. 537

Spuren des Kolonialismus

Eine Veranstaltungsreihe gegen Geschichtsrevisionismus und Neokolonialismus

Alle Veranstaltungen beginnen um 20 Uhr in der C.v.O-Uni Oldenburg

Mittwoch, 6. Mai (A1 0-008)
Elfenbeinküste: Ein Vorzeige-(„Entwicklungs"-)Land im Bürgerkrieg

Dienstag, 12. Mai (A6 0-001)
Kamerun – Die gescheiterte Unabhängigkeit

Donnerstag, 14. Mai (A1 0-006)
Die Vielfältigkeit kolonialer Herrschaftsstrategien

Mittwoch, 27. Mai (A1 0-006)
Die Rückkehr des Kolonialismus – Neoliberales nation building am Beispiel Afghanistan

Donnerstag, 4. Juni (A1 0-006)
DR Kongo – Zwischen neokolonialem Ausverkauf und Warlordisierung

Mit dem Kolonialismus wurde ein ökonomisches und ideologisches Weltsystem der Ungleichheit, Abhängigkeit und Ausbeutung geschaffen, das bis heute besteht.

Armut, Konflikte und Gesellschaftssysteme sind nicht ohne den Blick in die Vergangenheit zu verstehen.

In der Veranstaltungsreihe sollen einzelne Aspekte des Kolonialismus und Auswirkungen sowie Kontinuitäten bis in die Gegenwart aufgezeigt werden.

Autos sollen gekauft, aber Gürtel enger geschnallt werden; der heimische Markt wird abgeschottet, der nationale Standort gerettet; gleichzeitig darf der eigene Zugriff auf globale Ressourcen nicht gestört werden und dieses „Privileg" wird zur Not auch militärisch out of area verteidigt: Die gegenwärtigen Krisen-Maßnahmen zielen auf die Sicherung von Reichtum und Ausbeutung und die Aufrechterhaltung globaler Ungerechtigkeiten. Dieser Art von „Krisenmanagement" wollen wir ein deutliches „Ya basta!" entgegensetzen und uns auf die Suche nach emanzipatorischen Alternativen – utopischen und ganz konkreten – begeben.

Alle reden von Krise. Wir auch – aber nicht nur! Während einige von einer neuen Qualität von Krisenhaftigkeit reden, sehen andere kapitalistisches Business as usual. Wir betrachten die derzeitige Lage als Under Construction. Sind doch die laufenden Umstrukturierungen so vielfältig und gegensätzlich wie die zugrunde liegenden Forderungen: Auf den diskursiven und materiellen Baustellen der Welt wird an hegemonialen Positionen und Strategien gearbeitet. Zeit, sich zu verständigen und Zeit, sich einzumischen!

Den Transformationen in Zeiten der Krise nähern wir uns auf dem 32. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) anhand dreier Themenfelder: der herrschenden Ökonomie, dem Klima sowie der Bildung. Die Perspektive ist die auf Alternativen, auf Widerstand und Bewegung: Den Rettungspaketen für Banken und Firmen stehen die Kritik herrschenden Krisenmanagements und die Grenzen überschreitende Vernetzung gegenüber, dem klimapolitisch forcierten sozial wie auch ökologisch verheerenden Anbau von Agrotreibstoffen der Ansatz des Small-Scale-Farming und der Durchkapitalisierung von Bildungsinstitutionen, Ansätze selbstbestimmten Lernens. Auch wenn diese Proteste und Gegenstrategien weit entfernt davon sind, hegemonial zu werden, wollen wir sie sicht-, diskutier- und durchsetzbar machen.

... Under Construction I: Weltwirtschaft

Hier geht es um die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen, insbesondere in den Ländern des globalen Südens und Osteuropas. Von der Krise ganz unmittelbar betroffen sind vor allem diejenigen, die ohnehin prekär und ohne soziale Sicherung leben. Repressive Maßnahmen und wachsender Rassismus gegenüber migrantischen ArbeiterInnen in Italien oder die Entlassung von ArbeiterInnen wie in Indien oder China führen zu einer weiteren Verschärfung des Überlebenskampfes. Ebenso nehmen an vielen Orten die Proteste gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu, immer mehr Menschen organisieren sich und sind in Streiks involviert. Diese Prozesse sollen auf dem BUKO32 analysiert und diskutiert werden.

... Under Construction II: Klima

Hier stellen wir uns der Frage, welche Realitäten – Macht-, Geschlechter- und/oder Nord-Süd-Verhältnisse – den Klimawandel erzeugen und umgekehrt, welche neuen Bedingungen und Verhältnisse der Klimawandel schafft. Wo kritisieren soziale Bewegungen diese Realitäten und welche Forderungen stellen sie hinsichtlich eines sozialen Wandels? Auch wenn viele Linke sich dem „Klimawandel" bisher nur zögerlich zuwenden, so viel ist klar: Herrschaftskritische, emanzipative Bewegungen werden nicht umhin kommen, sich damit zu beschäftigen. Klimawandel ist kein Ein-Punkt-Thema für Öko- und Natur-Interessierte, sondern Ausdruck einer umfassenden Krise gesellschaftlicher (Natur-)Verhältnisse. Wir möchten den Blick auf die Unterschiede in der Verantwortung für den Klimawandel und in den Auswirkungen auf die lokalen Verhältnisse richten. Gleichzeitig stellen wir die Frage nach Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten von Bewegungen: Wo gleichen sich Forderungen und Analysen sozialer Bewegungen im globalen Norden und Süden bzw. wo gehen sie von anderen Grundsätzen aus oder widersprechen sich gar? Wie also können linke klimapolitische Praxen „von unten" fern der marktorientierten „Krisenlösungen" aussehen?

... Under Construction III: Bildung

Hier wird ein Bereich in den Blick genommen, der seit Jahren auch von offizieller Seite zur Dauerbaustelle erklärt wird. Sei es die Bildungs-, Schul- oder Hochschulreform oder auf europäischer Ebene der Bologna-Prozess: Da wo Reform drauf steht, ist ein Konzept von Bildung enthalten, das sich primär an Marktgängigkeit, Verwertbarkeit und Effizienz orientiert. Es gibt genug Bildung für alle – solange das Geld reicht und es reicht oft nur noch bei denjenigen, die sich Bildung privat leisten können. In globaler Perspektive bedeutet dies drastischen Ausschluss: So besuchen weltweit etwa 100 Mio. Kinder keine Schule, ihnen bleibt aufgrund ihrer Herkunft der Zugang zu institutioneller Bildung generell versperrt.

Die globalen und lokalen Umstrukturierungsprozesse werden aber nicht ohne Kämpfe durchgesetzt: Ob in Europa (z.B. Frankreich, Griechenland) oder in Ländern Lateinamerikas (z.B. Chile) – in den letzten Jahren gibt es massive Proteste gegen Bildungsprivatisierung, Kürzungen und Studiengebühren. Gibt es also im vermeintlichen Sog der Globalisierung Platz für Konzepte wie Emanzipation, Mündigkeit, Chancengleichheit, Selbstbestimmung, Kollektivität, etc.? Was sind alternative Bildungskonzepte und -praxen und was ist ein emanzipatorischer Begriff von Bildung?

Tausend Fragen, viele Baustellen und alles wie immer unfertig: Ein typischer BUKO eben, zu dem wir ganz herzlich einladen!

Die BUKO32-Vorbereitungsgruppe

Programm

Donnerstag, 21. Mai 2009

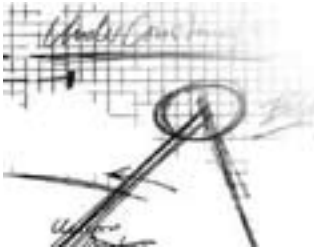
15-18 Uhr	Crashkurse – „Alles zur Krise", BUKO Berlin; Finanzkapital, Helmut Selinger (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung - isw); „Verschuldung, IWF, Weltbank", Karsten Hackländer (Infobüro Nicaragua, Wuppertal); „Bildung International"; „Prototyp Leuphana?"; „Klimawandel: What´s up?", Oliver Walkenhorst (Potsdam-Institut für Klimaforschung, PIK); „Das vorprogrammierte Versagen des Emissionshandels", Johan Steunenberg; „Biopiraterie", Andreas Riekeberg (BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie)
18.30-19.45 Uhr	Abendessen
20 Uhr	Lüneburg proudly presents: „BUKO 32 - Under Construction"
21 Uhr	Kabarett: „Vertrauen schaffen"

Freitag, 22. Mai 2009

8.30-10 Uhr	Frühstück
10-11.30 Uhr	Auftakt I: „Klimawandel als Ausdruck einer Gesellschaftskrise", Impulsgespräch; Auftakt II: „Bildung! Welche Bildung?" Open Space
12-13.30 Uhr	Workshopphase I
13.30-15 Uhr	Mittagspause
15-16.30 Uhr 17-18.30 Uhr	Worksshopphase II und III
18.30-20 Uhr	Abendessen
20-22 Uhr	// Sorry, but this part is currently Under Construction//
Ab 22 Uhr	Open Screening, Musik, Cocktails und lockeres Ausklingen

Samstag, 23. Mai 2009

8.30-10 Uhr	Frühstück
10-11.30 Uhr 12-13.30 Uhr	Workshopphase IV und V
13.30-15 Uhr	Mittagspause
15-16.30 Uhr	Was tun? Konklusionen, neue Baustellen und andere offene Fragen – Podium: „Die (Klima-)Krise überwinden – jetzt!" Mona Bricke, Josef Moe Hierlmeier, Morgan Ody und Tobias Münchmeyer
17-18.30 Uhr	Vernetzungsphase, u.a. mit: „Wie verändern wir die Welt? Generative Change", Minu Hemmati; „Countdown to Copenhagen. Mobilisierung COP15", Gegenstrom Berlin; Vernetzung Bildungsstreik; Konsumkritische Stadtführung; „Ein Schiff wird kommen... Mobilisierung zum No Border Camp Lesbos/GRE", Kein Mensch ist illegal/kmii hamburg
18.30-20 Uhr	Abendessen
19.30-22 Uhr	Baustelle BUKO – die Mitgliederversammlung Die MV bietet allen Interessierten die Möglichkeit, die Strukturen der BUKO näher kennen zu lernen. Hier berichten einzelne BUKO-Gremien und Gruppen, werden VertreterInnen gewählt und nicht zuletzt wird über die weitere Zukunft der BUKO diskutiert. Auch (noch) nicht in der BUKO Aktive sind herzlich eingeladen.
Ab 22 Uhr	Feiern trotz Krise, Kongressparty auf dem Campus



Sonntag, 24.5.09

10-11.30 Uhr	Austauschbuffet

!!Dach: Gemeinsames Aufräumen – freiwillige HelferInnen gesucht!!

BUNDESWEITER BILDUNGSSTREIK

15.-19. Juni

AUFRUF ZUM BILDUNGSSTREIK 2009

Die derzeitigen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem sind nicht weiter hinnehmbar! Weltweit sind Umstrukturierungen aller Lebensbereiche nicht mehr gemeinwohlorientiert, sondern den sogenannten Gesetzen des Marktes unterworfen. Seit ein paar Jahren ist auch das Bildungssystem in den Fokus solcher "Reformen" geraten: Bildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle!

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich, dass die Auswirkungen wettbewerbsorientierter Entscheidungskriterien verheerend sind. In vielen Ländern protestieren Menschen dagegen, so z.B. in Mexiko, Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland.
In diesem internationalen Zusammenhang steht der Bildungsstreik 2009.

Der anhaltende Protest gegen Studiengebühren und Sozialabbau in den letzten Jahren hat bei den Verantwortlichen in Medien, Wirtschaft und Politik zu wenig Wirkung gezeigt. Deswegen rufen wir nun dazu auf, unsere demokratischen Rechte in Form eines bundesweiten Bildungsstreiks wahrzunehmen. Hier werden pluralistische Aktionsformen (Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen etc.) ihren Platz finden. Während einer bundesweiten Aktionswoche vom 15.-19.06.2009 werden wir gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern im gesamten Bundesgebiet demonstrieren. Wir suchen das Bündnis mit vielen gesellschaftlichen Gruppen, wie Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die wir ausdrücklich einladen, mit uns zu protestieren, denn wir sind überall mit der gleichen Politik konfrontiert: An der Hochschule, in den Schulen und im Betrieb.

Ziel des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungsystems anzuregen. Des Weiteren sollen Möglichkeiten einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitk aufgezeigt und durchgesetzt werden. Dem Einfluss der maßgeblichen politischen und ökonomischen Interessen im Bildungsbereich setzen wir unsere Alternativen entgegen:

- selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Wir, die Projektgruppe Bildungsstreik 2009, rufen zur Bildung regionaler und lokaler Bündnisse auf. Bringt Euch in unsere bundesweiten Planungen ein: Ein anderes Bildungssystem ist möglich – und dringend nötig!

TERMINE

- 23. April 2009: Offizieller Kampagnenstart Bundesweite Aktionen im Rahmen einer globalen Aktions Woche
- 24.-26.4.2009: 5. bundesweites Vernetzungstreffen in Düsseldorf
- 17. Juni 2009: Bundesweit Demonstrationen von Studierenden, SchülerInnen und anderer gesellschaftlicher Gruppen

Der Bildungsstreik 2009 ist ein bundesweiter Protest gegen aktuelle Missstände und strukturelle Probleme unseres Bildungssystems. Die Liste der Betroffenen und Unterstützer/innen ist lang, sie reicht von Studierenden über SchülerInnen und Auszubildenden bis zu hin zu Lehrenden und Kunstschaffenden. In den kommenden Wochen und Monaten werden die Betroffenen mit vielfältigen Aktionsformen ihren Protest zum Ausdruck bringen und Alternativen zur aktuellen Bildungspolitik aufzeigen. In der vom International Students Movement initiierten "Global Action Week" vom 20.-29. April wird es bereits verschiedene Mobilisierungsaktionen für den Bildungsstreik 2009 geben, bevor die Proteste im Rahmen des Bildungsstreiks in der Woche vom 15.-19. Juni ihren Höhepunkt erreichen. Neben dezentralen Demonstrationen am 17. Juni bietet der Bildungsstreik Freiraum für kreative Aktionsformen.

Der bundesweite Schulstreik am 12. November 2008 gezeigt, dass der Unmut über die aktuellen "Reformen" im Bildungssystem stetig zunehmen. Vor diesem Hintergrund hat sich in Heidelberg eine entschlossene Gruppe von Studierenden, die „Kritische Initiative Heidelberg", das ehrgeizige Ziel eines möglichst breit aufgestellten Bildungsstreiks 2009 gesetzt. Ein erstes Vernetzungstreffen in Kassel sorgte für die Verbreitung der Idee, Studierende aus der ganzen Bundesrepublik trugen den Gedanken Mitte Dezember weiter. Mit den folgenden Treffen insbesondere in Heidelberg und Erfurt erfuhr der Bildungsstreik immer mehr Zulauf und erreichte auch Gewerkschaften und weitere soziale Bewegungen. Durch die Gründung lokaler Netzwerke und die Koordinierung mit Gewerkschaften, Schüler/innen, sozialen Bewegungen und interessierten Bürger/innen und Kunstschaffenden entstand ein breites Bündnis, welches den Bildungsstreik 2009 mit Leben füllt.

Infos unter schulstreikol.blogsport.de/

UNSERE FORDERUNGEN

Weltweit ist Bildung im Wandel: Das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung wird zurückgedrängt. Stattdessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und damit selbst mehr und mehr zur Ware. Global sind es die GATS-Verträge, in Europa der Bologna-Prozess, die den Kern solcher Reformen bilden. Doch weltweit regt sich Widerstand. In diesem Zusammenhang steht der Bundesweite Bildungsstreik vom 15. bis 19. Juni 2009. Deshalb fordern wir:

Soziale Öffnung der Hochschulen:
- den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen!
- die Abschaffung von Studiengebühren und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung!
- die finanzielle Unabhängigkeit von Studierenden außerhalb von Krediten!

Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form
- die Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss!
- das Ende von Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung!
- die Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzungen im Studium!
- die tatsächliche Umsetzung der Mobilität zwischen den Hochschulen!

Demokratisierung des Bildungssystems
- den Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich!
- die Mitbestimmung aller Beteiligten im Bildungssystem unter anderem durch Viertelparität in den Hochschulgremien!
- die Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern!

Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen
- die Umsetzung freier alternativer Bildungskonzepte!
- die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich!
- Die Aufstockung des Lehrpersonals auf ein pädagogisch tragbares Niveau! Dazu sind mindestens 8.000 ProfessorInnen-, 4.000 Mittelbau- und 10.000 TutorInnenstellen neu zu schaffen.
- die Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitenbildung!
- die Einheit von Forschung und Lehre statt der Exzellenzinitiative!

BUNDESWEITER
BILDUNGSSTREIK
2009

...ob mit oder ohne Liebe hausgebacken, die Tortung von Oberbürgermeister Schwandner während einer Informationsveranstaltung für Neubürger_innen sorgte überregional für Aufsehen. In diesem Interview mit der Oldenburger Allgemeinen betonen die Überflüssigen die in vielen Medien verkürzt dargestellten politischen Hintergründe.

Oldenburger Allgemeine: Der Tortenwurf auf den Oldenburger Oberbürgermeister Gerd Schwandner hat hohe Wellen geschlagen. Teile der lokalen Presse berichteten von einem „Anschlag" und „Attentat". Häufig wird eine Verbindung zu Droh-E-Mails hergestellt, die Schwander erhalten haben soll. Wie stehen die „Überflüssigen" zu dieser Darstellung?

Überflüssige: Die Verbindung, die zu den Drohbriefen gezogen wird, ist einfach lächerlich. Wir haben auf die Torte ja sogar noch Mandarinen und Schokosauce drapiert. Abgesehen von unserem lokalen Boulevardblatt lassen sich andere Medien nicht auf diesen Quatsch ein. Dass jetzt der Staatsschutz ermittelt, soll uns Angst machen, tut es aber nicht. Das Vertrauen von Schwandner und der CDU in die Oldenburger Bevölkerung, die sich bei der nächsten Aktion den Überflüssigen in den Weg stellen soll, ist wenig überzeugend. Der größte Teil der Oldenburger Bevölkerung hat über den Tortenwurf zumindest geschmunzelt.

OA: Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein. Viele Menschen aus gesellschaftlichen Richtungen und auch die meisten Oldenburger Parteien lehnen diese Art der politischen Auseinandersetzung, die für viele schon im Bereich Beleidigung und Körperverletzung anzusiedeln ist, scharf ab. Manche haben anfangs noch über die Aktionen der Überflüssigen gelächelt, jetzt wird von vielen befürchtet, dass der Schritt zur Gewalt nur ein sehr kleiner ist. Was sagen die „Überflüssigen" dazu?

Überflüssige: Gegenfrage: Ist es gewalttätiger, jemandem Sahne ins Gesicht zu werfen oder eine Politik zu betreiben, die Menschen diskriminiert, ausbeutet und entrechtet, kurz: Menschen zu Überflüssigen macht?

OA: Sind die Aktionen der „Überflüssigen" politisch motiviert? Was führte letztlich zum Tortenwurf?

Überflüssige: Während die lokale Tageszeitung die politischen Hintergründe systematisch verschweigt, konzentrieren sich andere Medien vor allem auf den Bau der so genannten„Schlosshöfe" und des Parkhauses. Diese beiden letztgenannten Kritikpunkte machen deutlich, dass hier nicht Politik im Sinne der Menschen, sondern im Sinne des Kapitals – der Profitmaximierung – gemacht wird. Zwei Anmerkungen dazu: Erstens: Es liegt nicht an der Person Schwandner, dass hier viel Mist läuft. Zweitens: Schwandner ist von uns nicht deswegen mit einer Torte beworfen worden, weil er diese beiden Projekte durchgeboxt hat. Andere Entscheidungen der Politik halten wir für gravierender. Wir verweisen auf die Inhalte unseres Flugblatts: „Damit niemand für überflüssig erklärt wird, sei es durch das Schaffen eines Yuppieviertels, durch die Reduzierung von Sozialleistungen, durch das Bestehen des Lagers Blankenburg oder sonst irgendwas!" Wir möchten soziale Kämpfe zusammenzuführen, um gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Jede Aktion der Überflüssigen wird von unterschiedlichen Menschen getragen.

OA: Herr Schwandner hat ja jetzt auch selber Stellung zu der Aktion genommen. Darin bezeichnet er die Aktion der „Überflüssigen" als antipolitisch und schlecht informiert. Was sagen Sie dazu?

Überfüssige: Schwandner sieht sich als falschen Adressaten unserer Kritik. Dem setzen wir entgegen, dass er in allen angesprochenen Bereichen durchaus Einfluss besitzt. Ein vor knapp 20 Jahren getroffener Deal der Stadt Oldenburg mit dem Land Niedersachsen besagt, dass die Stadt Oldenburg keinerlei Flüchtlinge mehr aufnehmen muss. Dafür wurde vor den Toren der Stadt ein Abschiebelager errichtet, in denen die Leute unter echt beschissenen Bedingungen leben müssen und ständig Angst vor der Abschiebung in Tod und Folter haben. Trotz großer Versprechen hat die Stadt, die im Aufsichtsrat der VWG sitzt, es weder geschafft, die Busse öfter fahren zu lassen, noch die Tickets zu verbilligen und damit die Isolationspolitik zumindest abzumildern.
Noch konkreter ist Schwandner in Bezug auf das Gutscheinsystem der richtige Adressat. Die diskriminierende Vorenthaltung von Bargeld an Flüchtlinge ist eine kommunale Entscheidung.
Auch in Bezug auf die langsam ins Rollen kommende Stadtumstrukturierung im Bahnhofs-- und Hafenviertel ist es haltlos von einem „antipolitischen" Kontext zu sprechen. Dort soll jetzt alles so richtig „chic" werden. Das bedeutet: Steigende Mieten, für die meisten Anwohner und Anwohnerinnen unbezahlbare Dienstleistungen, den Ausschluss von Menschen, die sich das nicht leisten können und somit zu „Überflüssigen" werden. Oder: Die Oldenburger ARGE, bei der die Stadt zur Hälfte beteiligt ist, denkt sich immer neue Schikanen für Arbeitslose aus. Wenn sich mal ein paar Leute zusammen tun und nichts anderes machen als sich gegenseitig moralisch und rechtlich bei ARGE-Terminen zu unterstützen, werden sie kriminalisiert. Wenn es darum geht, dass „Überflüssige" sich wehren, wenn sie versuchen, dass nicht mehr sie, sondern die Bedingungen, die sie zu „Überflüssigen" machen, überflüssig werden, dann entpuppt sich die ach so nett und „bürgernah" daherkommende Politik als repressiv. Es ist unerwünscht, wenn „Überflüssige" an den verschiedensten Orten aus der Passivität des Alltags ausbrechen, wenn sie sich immer wieder in unterschiedlichen Konstellationen zusammentun und im Kleinen einen Kampf für ein würdevolles Leben anfangen. Nicht die „Überflüssigen" sind überflüssig, sondern eine Politik, die Menschen zu eben diesen macht.

Als Repräsentanten eben dieser Politik hat Schwandner sich die Torte redlich verdient.

OA: Haben die „Überflüssigen" keine Angst vor Strafverfolgung? Sind weitere Aktionen geplant? Wie reagieren die „Überflüssigen", wenn sich Menschen in den Weg stellen, um diese Aktionen zu verhindern oder aufzuhalten? Welche Gefahr kann von den „Überflüssigen" ausgehen?

Überflüssige: Wenn diejenigen, die sich uns in den Weg stellen, Menschen sind, die ebenfalls zu Überflüssigen gemacht werden – seien es prekär Beschäftigte, Illegalisierte, Flüchtlinge, Arbeitslose, Tellerwäscher, von Kündigung Bedrohte, Zeitarbeiterinnen, Alleinerziehende, Putzkräfte, Kassiererinnen, oder einfach nur der Postbote – dann werden wir ihnen ein Stück Torte anbieten, statt sie für das Gesicht eines weiteren Repräsentanten der herrschenden Politik aufzubewahren.

Eine ausführliche Berichterstattung und Sammlung der Medienberichte gibt es unter http://regentied.blogsport.de/category/klasse-gegen-klasse/

infoladen roter strumpf

Selbstverständnis

Aus dem seit über zwanzig Jahren existierenden „Dritte Welt“-Infozentrum & Laden und dem Infoladen im Alhambra ist der Infoladen roter strumpf entstanden. Er tritt für eine Veränderung von unten links gegen die herrschenden globalen Machtverhältnisse ein. Unsere Kritik bezieht sich auf den kapitalistischen Weltmarkt und Herrschaftsformen wie Rassismus und Sexismus. Diese Strukturen bringen Armut, Kriege, ökologische Verwüstung etc. hervor und basieren auf der Spaltung der Gesellschaft in Ausbeutende und Ausgebeutete. Die Unterdrückungsstrukturen in der sogenannten „Dritten Welt“ gehen – in veränderter Fortführung kolonialer Herrschaftsausübung – von den Ländern des globalen Nordens aus, weshalb eine Kritik auch insbesondere dort ansetzen muss. Dazu gehört auch, konkret Strukturen und Herrschaftsverhältnisse hier zu hinterfragen, Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu leisten und der kapitalistischen Weltordnung Entwürfe eines freien, solidarischen und selbstbestimmten Lebens entgegenzusetzen. Wir sind dabei solidarisch mit weltweiten politischen Bewegungen und Kampagnen, die sich für gerechtere soziale Verhältnisse einsetzen und sich gegen Ausbeutung und Herrschaft zur Wehr setzen.

Der Infoladen ist ein Raum, der unkommerziell und selbstbestimmt organisiert wird. Er ist ein Ort, der Informationen über die Entwicklungen im globalen Süden und Norden und deren Verbindungen untereinander bereitstellt, globale und lokale Kämpfe sichtbar macht, sie unterstützt und es ermöglicht, von diesen verschiedenen Formen des Widerstands zu lernen.

Laden

Über den Verkauf von alternativ gehandelten Produkten (Kaffee, Tee, Honig, Kakao, Zucker, Schokolade) sollen Projekte in Asien, Lateinamerika und Afrika finanziell und ideell unterstützt werden, die Alternativen jenseits der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen aufzeigen. Dadurch sollen die Ausbeutungsstrukturen zwischen dem Norden und dem Süden perspektivisch aufgehoben werden. Wir verkaufen ausschließlich Produkte, die den Kriterien des alternativen Handels genügen:

- Festpreise, die über dem Weltmarktpreis liegen
- Kontinuierliche Handelsbeziehungen
- Vorfinanzierung der Ernte bzw. der Produkte
- Produktion hauptsächlich für den Binnenmarkt und erst in zweiter Linie für den Export
- Die Produkte sollten unter vertretbaren Arbeitsbedingungen und vornehmlich mit landesüblich gewachsenen Methoden hergestellt werden.
- Unterstützung vom Aufbau eigener sozialer Infrastruktur (Bildung, medizinischer Versorgung usw.) der Kooperativen
- Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen durch fachliche Berater_innen
- kein Handel des Kaffees über Kaffeebörsen, weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels im Erzeuger_innenland
- Alternative Handelsorganisationen arbeiten nicht gewinnorientiert

Ein Teil unserer Waren sind nach ökologischen Kriterien produziert, und wir unterstützen Projekte, die in kollektiven Strukturen demokratisch verwaltet werden. Unsere Handelsorganisationen sind café libertad, el rojito und El Puente, deren Kriterien des alternativen Handels unseren Vorstellungen am nächsten stehen.

Außerdem verkaufen wir Zeitschriften, Bücher, Buttons, Aufnäher, T-Shirts, Salinas Salz u.v.m. zur Unterstützung von Projekten, die den herrschenden Verhältnissen etwas entgegensetzen.

Gutscheinumtausch

In der Stadt Oldenburg und in vielen anderen Städten in der BRD werden Sozialleistungen an Flüchtlinge nicht in bar, sondern in Form von so genannten „Gutscheinen“ ausbezahlt. Dies ist für die jeweiligen Behörden – hier die Stadt Oldenburg – teurer und aufwendiger, als Flüchtlingen Bargeld auszuzahlen. Die Gründe für die Existenz des Gutscheinsystems liegen dementsprechend in der allgemeinen Flüchtlingspolitik, deren offizielles Ziel es ist, „eine faktische Verfestigung des Aufenthaltes zu verhindern“ (niedersächsischer Innenminister Schünemann).

Praktisch bedeutet die Auszahlung von „Gutscheinen“ statt Bargeld für Flüchtlinge sowohl eine Einschränkung bei der Wahl der Geschäfte und Produkte, als auch einer Stigmatisierung ausgesetzt zu sein. Mit diesen „Gutscheinen“ lassen sich keine Anwält_innen oder Medikamente bezahlen. Auch in einigen Supermärkten werden die „Gutscheine“ nicht akzeptiert. Ausgrenzung erfahren Flüchtlinge und Migrant_innen dann ganz konkret im Supermarkt, wenn sie mit „Gutscheinen“ einkaufen müssen.

Im Infoladen roter strumpf werden diese Gutscheine getauscht. D.h. Flüchtlinge können hier Gutscheine gegen Geld tauschen und Leute, die mit diesem System der Demütigung und Diskriminierung nicht einverstanden sind, tauschen Gutscheine gegen Geld und gehen dann damit einkaufen. Neben dieser konkreten Solidarität bleibt aber unser politisches Ziel die Abschaffung des rassistischen Gutscheinsystems. Das Gutscheinsystem bewerten wir – neben dem Lagersystem, der Duldung, der Abschiebungsmaschinerie u.v.m. – als einen Baustein der Flüchtlingspolitik in der BRD. Institutionalisierter Rassismus ist Teil der bundesdeutschen Normalität – Ziel des Infoladens roter strumpf ist es, genau diese Normalität aufzuzeigen und zu thematisieren, sie zu sabotieren und sich ihr offensiv in den Weg zu stellen.

Beteiligt euch am Umtausch!

Archiv, Bibliothek und Zeitschriften

Ihr findet hier zahlreiche linke Zeitschriften und Broschüren, die ihr zu den Öffnungszeiten lesen und teilweise auch kaufen könnt. Auf unserer homepage findet ihr eine Auflistung der Zeitschriften.

In der Bibliothek haben wir eine große Auswahl an Büchern zu den verschiedensten Themen. Zu unseren Öffnungszeiten könnt ihr gerne in der Bibliothek stöbern oder Bücher ausleihen – auf unserer homepage könnt ihr auch in der Bibliothek nach Büchern suchen.

Daneben existiert ein umfangreiches Archiv der sozialen Bewegungen. Dort finden sich Zeitschriften, Flugblätter und vieles mehr aus den letzten Jahrzehnten linker Bewegungsgeschichte zu Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Feminismus, Internationalismus und anderem.

on the road

Wenn ihr Veranstaltungen macht und wollt, dass die Bücher der/des Eingeladenen verkauft werden, oder ein Infotisch da ist, dann sprecht uns an und wir versuchen das zu organisieren.

Außerdem ist es möglich im Infoladen kleinere Veranstaltungen und Lesungen zu machen, wenn ihr Ideen habt, kommt doch vorbei oder schickt uns 'ne mail und wir versuchen euch zu unterstützen.

Warum der Name?

Der Name „Roter Strumpf" geht auf die Arbeiter_innensiedlung zurück, die früher genau gegenüber vom Alhambra war. Die Entstehung des „Roten Strumpfs" und des ganzen Stadtteils Osternburg hängt mit der Industrialisierung zusammen. Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden hier mehrere Fabriken, deren Arbeiter_innen größtenteils in Arbeiter_innensiedlungen wohnten. Manche Namen für diese Siedlungen werden bis heute benutzt – so beispielsweise „Kamerun" für die Siedlung in der Nollstraße und der Behrensstraße. Andere sind eher in Vergessenheit geraten, wie etwa „Sansibar" oder eben „Roter Strumpf". Letzteres war die Bezeichnung für die Arbeiter_innensiedlung direkt vorm heutigen Alhambra (damals Becker's Etablissment bzw. Tonhalle). Hier war über Jahre ein wichtiger sozialer sowie politischer Treffpunkt – beispielsweise gingen die 1. Mai-Demonstrationen vom „Roten Strumpf" los.

Die Arbeiter_innen wohnten und und arbeiteten unter härtesten Bedingungen. Jeglicher Protest – wie etwa verschiedene Streiks und Demonstrationen – wurde mit harter Repression von Seiten der Kapitalisten beantwortet. Trotz der Sozialistengesetze unter Bismarck und den erschwerten Bedingungen durch den Umstand, dass ein großer Teil der Arbeiter_innen Wanderarbeiter_innen waren, organisierten sie sich und leisteten Widerstand. Seit Ende des 19. Jahrhunderts dann auch in der Tonhalle (Alhambra).

Mit dem Namen „Roter Strumpf" wollen wir uns – den Unterschieden wohl bewusst – in diese Tradition stellen und dafür sorgen, dass dieser Teil der Geschichte – die ja bekanntlich von den Herrschenden geschrieben wird – nicht in Vergessenheit gerät.

Veranstaltungen im Infoladen roter strumpf im Mai/Juni 2009

Eröffnung: Infoladen roter strumpf läd ein zu Kaffee, Kuchen, Prosecco und Bier
Sonntag, 3. Mai, 17 Uhr

Die Vertreibung aus dem Serail – Europa und die Heteronormalisierung der islamischen Welt
Sonntag, 17. Mai, 17 Uhr

Chiapas – Zum Stand der zapatistischen Bewegung
Montag, 18. Mai, 20:30 Uhr

Bernard Schmid: Frankreich in Afrika – Eine (Neo)Kolonialmacht im 21. Jahrhundert
Sonntag, 7. Juni, 17 Uhr

Claudia Haydt: Krieg in Afghanistan
Dienstag, 9. Juni, 19 Uhr

Antiziganistische Zustände – Ein Themennachmittag zum Rassismus gegen „Zigeuner"
Samstag, 13. Juni, 14 Uhr

Tobias Pieper: Das Lagersystem im Kontext bundesdeutscher Flüchtlingspolitik
Sonntag, 14. Juni, 17 Uhr

Antifa und Männlichkeit (workshop; Anmeldung im Infoladen erforderlich)
Sonntag, 21. Juni, 11 Uhr

Sans Papiers-Aktivist_innen: Der Kampf der Sans Papiers um Bleiberecht
Termin steht noch nicht fest

Steffi Holz: Erfahrungen von Frauen in Abschiebehaft
Termin steht noch nicht fest

Öffnungszeiten + Kontakt

Mo:	15h - 21h	Hermannstraße 83
Di:	geschlossen	26135 Oldenburg
Mi:	15h - 18h	www.infozentrum-oldenburg.de
Do:	15h - 21h	infoladen-roterstrumpf@riseup.net
Fr:	15h - 18h	fon 0441/776777

Veranstaltungen im Infoladen roter strumpf:

Die Vertreibung aus dem Serail – Homophobie und die islamische Welt

Islamische Staaten geraten durch die Verfolgung Homosexueller immer wieder in den Blickpunkt der westlichen Medien, die solche Vorfälle gern als Zeichen kultureller Rückständigkeit interpretieren. Dabei beschworen Homosexuelle die Kultur des „Orient" noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts als ein tolerantes Gegenbeispiel zu den Jahrhunderten religiöser und säkularer Verfolgung in Europa.

Anhand zahlreicher historischer und aktueller Quellen belegt der Autor, dass die Schwulenverfolgung in Ländern wie Iran und Ägypten weniger das Relikt einer vormodernen Vergangenheit ist. Vielmehr handelt es sich um das Resultat einer gewaltsamen Angleichung an die Denkformen ihrer ehemaligen Kolonialherren, die Homosexuelle im Prozess der Modernisierung erstmals identifiziert, benannt und zum Objekt staatlichen Handelns gemacht haben.. *Sonntag, 17. Mai, 17 Uhr*

Chiapas – Zum Stand der zapatistischen Bewegung

Am 1. Januar 1994 trat die EZLN mit einem bewaffneten Aufstand erstmals öffentlich in Erscheinung und setzt sich seitdem mit politischen Mitteln für die Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos, aber auch generell gegen neoliberale Politik für autonome Selbstverwaltung ein.

In dieser Veranstaltung soll es schwerpunktmäßig um die aktuelle Situation der Bewegung und Chiapas gehen.
Montag, 18. Mai, 20:30 Uhr

Bernard Schmid: Frankreich in Afrika – Eine (Neo)Kolonialmacht in der Europäischen Union zu Anfang des 21. Jahrhundert

Bernard Schmids neues Buch, das er an diesem Tag vorstellen wird, vermittelt ein detailliertes Bild von Frankreichs postkolonialem Einfluss in Afrika. Unter anderem geht es den aktuellen Fragestellungen nach, welche Rolle die »Mittelmeerunion« spielt, die von Präsident Sarkozy als Kern eines neuen »EurAfrika« bezeichnet wurde, und wie das offizielle Frankreich mit dem Vorwurf umgeht, 1994 in Rwanda den Völkermord begünstigt, gefördert und unterstützt zu haben. Darüber hinaus beleuchtet Bernard Schmid den Einfluss der neuen Akteure China und USA auf dem Kontinent, die innere Verfasstheit der afrikanischen Staaten sowie die dort vorherrschende Rentiersökonomie. *Sonntag, 7. Juni, 17 Uhr*

Claudia Haydt: Krieg in Afghanistan

Seit 2001 werden „deutsche Interessen am Hindukusch verteidigt" – und zwar militärisch. Inzwischen sind 4 500 Soldat_innen aus Deutschland in Afghanistan im Kriegseinsatz. Die NATO hat seit 2003 die Federführung der Besatzung übernommen. Statt eines – von einigen etwas naiv erhofften – Rückzugs der NATO-Truppen nach der Wahl Barack Obamas, werden diese nun massiv aufgestockt und es werden Überlegungen zu einer Ausweitung des Kampfgebietes auf Pakistan laut. Der zivilen Katastrophe scheint aber nun aus Sicht der NATO-Bündnispartner ein militärisches Desaster zu folgen. Dennoch steht ein Abzug der Truppen derzeit leider nicht zur Debatte. Der Grund hierfür ist einfach: Es steht in Afghanistan zu viel auf dem Spiel. Denn in den letzten Jahren hat sich eine völlig neue Form westlicher Kolonialpolitik herauskristallisiert, die derzeit in Afghanistan – ebenso wie im Irak, in Bosnien und im Kosovo – prototypisch umgesetzt wird. All diese Länder wurden nach erfolgtem Angriff unter quasi-koloniale Verwaltung gestellt und ihre Wirtschaftsordnungen unter den Deckmänteln von „Stabilitätsexport" und „Nation Building" zugunsten ‚westlicher' Konzerninteressen neoliberal umstrukturiert.

Claudia Haydt ist Soziologin und Religionswissenschaftlerin. Sie ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung e.V. in Tübingen (imi-online.de) und arbeitet seit Jahren kritisch zu (und gegen) die Einsätze der Bundeswehr.
Dienstag, 9. Juni, 20 Uhr

Antiziganistische Zustände – Ein Themennachmittag zum Rassismus gegen „Zigeuner"

Antiziganismus ist ein weit verbreitetes Phänomen, das in den westlichen Gesellschaften tief verankert ist. In nahezu allen Staaten Europas werden Menschen als »Zigeuner« diskriminiert und teilweise verfolgt. Gleichzeitig mangelt es an politischen und theoretischen Analysen. Das gilt

auch für eine linke Kritik, die oft nicht über moralische Empörung hinaus geht. Der an diesem Nachmittag in netter Atmosphäre präsentierte Sammelband „Antiziganistische Zustände" soll zu einer breiteren und differenzierteren Diskussion und Kritik des Antiziganismus beitragen. Neben unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen Ansätzen werden internationale Fallstudien zu Italien, Kosovo und Rumänien ebenso bearbeitet wie der Bereich medialer Repräsentationen und die Verwerfungen im bundesdeutschen Gedenken an den nationalsozialistischen Massenmord. Eine Kritik der Mehrheitsgesellschaft tritt hierbei an die Stelle eines nicht selten antiziganistischen Schreibens über Roma.

Einige Autor_innen werden kurze Vorträge zu ihren Themen halten. Neben einer allgemeinen Einführung in die Grundzüge des Antiziganismus werden die Bleiberechtskämpfe von Roma in der BRD ebenso Thema sein, wie die Situation in Italien und Rumänien. *Samstag, 13. Juni, 14 Uhr*

Tobias Pieper: Die Gegenwart der Lager – Blankenburg im Kontext bundesdeutscher Flüchtlingspolitik

Asylsuchende, de facto-Flüchtlinge und geduldete MigrantInnen werden hierzulande seit 1982 in lagerähnlichen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die dezentral über das Bundesgebiet verteilt liegen. Derzeit sind immer noch über 100 000 Menschen davon betroffen; mit dem ‚Zuwanderungsgesetz' wurden Ausreiseeinrichtungen zur Forcierung ‚freiwilliger' Ausreisen als neue Lagerform kodifiziert. Die Ausschließung der MigrantInnen, gesellschaftlich und in den bundesdeutschen halboffenen Lagern, findet selbst von einer kritischen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet statt. Von der Analyse des Sozialraums Lager aus der Perspektive seiner BewohnerInnen ausgehend fragt Tobias Pieper in seiner Forschungsarbeit auf der Grundlage von raumtheoretischen und sicherheitstechnologischen Überlegungen nach der politischen, ideologischen wie ökonomischen Funktion der Lagerunterbringung und rollt diese in ihren historischen Dimensionen auf.

Tobias Pieper wird wesentliche Thesen seines Buches vorstellen und dabei naheliegenderweise einen Schwerpunkt auf die Lager in Blankenburg (Oldenburg) und Bramsche-Hesepe legen.
Samstag, 14. Juni, 17 Uhr

crush hour concerts coming soon

8. Mai 1945

★

Game Over Krauts!

8.Mai 2009

18 Uhr:

Demo
Game over Krauts!
Lefferseck Oldenburg

23 Uhr:

After-Demo-Party
Liberation Celebration!
Alhambra Oldenburg

Infos unter: www.demontage.tk

Bremer Umsonstfahrtag – Reclaim your public Transport!

16. Mai 2009
Start: ab 11 Uhr Domsheide

An diesem Tag werden alle Busse und Bahnen in Bremen kostenfrei benutzt!

Einsteigen und mitfahren!

http://klimaplenum-bremen.blogspot.com

Infoveranstaltung im Alhambra:
Dienstag, 5.5.2009, 20.30 Uhr

Mai 09

Fr.	1.5.	12:00	Autonome 1. Mai Demo, Start Kaiserstraße
		15:00	Straßenfest nach der Demo am Alhambra
		22:00	Mash up di place
Sa.	2.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
So.	3.5.	16:00	Eröffnungsfeier des Infoladens roter strumpf
Di.	5.5.	20:30	Infoveranstaltung zum Umsonstfahrtag am 16.5. in HB
Fr.	8.5.	22:00	Game Over Krauts! Liberation Celebration
Fr.	15.5.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	16.5.	22:00	Männerfabrik
So.	17.5.	17:00	Lesung & Diskussion: Die Vertreibung aus dem Serail
		22:00	Crush Hour Concerts: Lacrosse
Di.	19.5.	21:00	Subklub Console meets Dj Vova Total Blam Blam
Mi.	20.5.	21:00	Sputnik-Konzert: Mirrorball, anschl. Party mit DangerDanger
Do.	21.5.	21:00	Konzert: Skiplickers (Sheffield/UK)
Fr.	22.5.	22:00	Antira-Soli-Party
Sa.	23.5.	22:00	CSD-Soli-Party von NaUnd e.V.
Di.	26.5.	21:00	Subklub Noise mit Abraxas Apparatus
Fr.	29.5.	20:00	Punkinvasion Vol. 6
Sa.	30.5.	14:00	Themennachmittag: Antiziganistische Zustände
		22:00	Rosa Disco
So	31.5.	23:00	Psychedelisch Pfingstspektakel

Juni 09

Fr.	5.6.	22:00	Audio: Kombinat
Sa.	6.6.	22:00	Homophilias
So.	7.6.	17:00	Vortrag: Bernhard Schmid: Frankreich in Afrika
Di.	9.6.	19:00	Vortrag: Claudia Haydt: Krieg in Afghanistan
Fr.	12.6.	22:00	Antifa-Soliparty
So.	14.6.	17:00	Vortrag: Tobias Pieper: Das Lagersystem in der BRD
Sa.	20.6.	22:00	Männerfabrik
So.	21.6.	11:00	Workshop: Antifa und Männlichkeit
Sa.	27.6.	22:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	19:00	Archiv
Mo.	18:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa - Cafe
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Infoladen roter strumpf

Mo.	15h - 21h
Di.	geschlossen
Mi.	15h - 18h
Do.	15h - 21h
Fr.	15h - 18h
Sa.	geschlossen
So.	geschlossen

Monatlich

1. Mi.	20:00	Frauenlesben Kneipe
2. Mo.	20:00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20:30	Alhambra-NutzerInnenplenum

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN VON STRASBOURG!

MAKE NATO HISTORY!